

AKTIVISTIN



FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY-INFO 1/2015



IRAK
**DER HÖLLE
ENTKOMMEN**

SEITE **18**

4 MANIFEST

STAATEN MÜSSEN SEXUELLE
UND REPRODUKTIVE RECHTE
GARANTIEREN

6 IRAN

FREIHEIT FÜR DIE FRAUEN-
RECHTSAKTIVISTIN BAHAREH
HEDAYAT

12 RUSSLAND

IRINA SHERBAKOVA:
MENSCHENRECHTE ZWISCHEN
STALINISMUS, GULAG UND HEUTE

NETZWERK FRAUENRECHTE

 **AMNESTY
INTERNATIONAL**



LIEBE LESER_INNEN UND UNTERSTÜTZER_INNEN!

Heuer jährt sich die große UN-Frauenkonferenz von Peking 1995 zum 20. Mal. Das Schlussdokument der vierten Weltfrauenkonferenz, die „Erklärung und Aktionsplattform von Beijing“, ist bis heute ein wichtiges Dokument für die Menschenrechte von Frauen. Bei der Sitzung der Frauenstatuskommission im März sollen die Fortschritte überprüft werden. Die Bilanz wird gemischt ausfallen.

Was besonders beunruhigt: Es ist sehr zu bezweifeln, ob heute eine so progressive Deklaration überhaupt zustande kommen würde. Vor allem im Bereich der sexuellen und reproduktiven Rechte zeigten sich in den letzten Jahren in vielen Ländern, auch in europäischen, deutliche Tendenzen, diese wieder einzuschränken. Deshalb hat Amnesty International auch am Internationalen Frauentag 2014 die Kampagne „Mein Körper.Meine Rechte“ gestartet.

In diesem Jahr hat Amnesty ein Manifest für die Einhaltung sexueller und reproduktiver Rechte formuliert. Dabei geht es um Sexuaufklärung, Zugang zu Verhütungsmitteln und Gesundheitsversorgung, um das Recht auf einvernehmlichen Sex und freie Partner_innenwahl, die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbruch und

natürlich um wirksame Maßnahmen gegen sexuelle Gewalt. Das Manifest soll von möglichst vielen Organisationen und noch viel mehr Einzelpersonen unterstützt werden. Die Unterschriften werden weltweit gesammelt und anschließend an politische Entscheidungsträger_innen übergeben. Bitte unterstützen Sie unsere Forderungen.

Die weiteren Appelle dieser Ausgabe: Wieder einmal fordern wir die Freilassung der couragierten Frauenrechtaktivistin Bahareh Hedayat. Sie hat inzwischen mehr als die Hälfte ihrer zehnjährigen Haftstrafe verbüßt, deshalb sieht Amnesty die Chance einer Freilassung auf Bewährung.

Unvorstellbare Gräueltaten – Hinrichtungen, Vergewaltigungen und lebensbedrohende Unterernährung – spielen sich in den Straflagern Nordkoreas ab. Amnesty fordert ihre Schließung.

In Mexiko werden Zeuginnen bedroht, die die Ermordung zweier Menschenrechtler_innen beobachteten. Die Provinzregierung muss ihren Schutz garantieren. Erfreulicherweise gibt es aber auch Erfolge zu vermelden. Wir wünschen eine interessante Lektüre und bitten Sie, die Appellbriefe abzusenden.

Ihr Amnesty-Netzwerk Frauenrechte



NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY INTERNATIONAL

WEB

<http://frauenrechte.amnesty.at>

E-MAIL

frauenrechte@amnesty.at

FACEBOOK

[amnestynetzwerkfrauenrechte](#)

TWITTER

[AIFrauenrechte](#)

SPENDENKONTO

BIC: GIBAAWXXX

IBAN: AT142011100000316326

lautend auf

AMNESTY INTERNATIONAL

ÖSTERREICH

Verwendungszweck

NETZWERK FRAUENRECHTE

PROTESTAKTION BEI DER IRANISCHEN BOTSCHAFT



Aus Solidarität mit den Gewissensgefangenen, den per Gesetz diskriminierten Frauen und den von der Todesstrafe Bedrohten protestierten das Amnesty-Netzwerk gegen die Todesstrafe und das Netzwerk Frauenrechte am 11. Februar, dem Jahrestag der Islamischen Revolution 1979, gegen die fortdauernden Menschenrechtsverletzungen im Iran. Wir riefen auf, mit uns gemeinsam ein Zeichen zu setzen und durch das Niederlegen von Blumen, Fotos, Forderungen, Appellen bei der iranischen Botschaft, unserem Protest Ausdruck zu verleihen. Nach Ablauf der Aktion wollten wir Blumen und Forderungen der iranischen Botschaft übergeben. Wie schon mehrmals zuvor, wurde das von Botschaftsangehörigen brüsk abgelehnt.

NORDKOREA:

FOLTER BEENDEN, STRAFLAGER SCHLIESSEN

Circa 130.000 Menschen, darunter auch Kinder, werden in politischen Straflagern in der Demokratischen Volksrepublik Korea in Gewahrsam gehalten, gefoltert, hingerichtet oder verhungern.

Im Februar 2014 veröffentlichte die Commission of Inquiry (CoI) der UNO nach mehrmonatigen Untersuchungen einen ausführlichen Bericht über systematische, weit verbreitete und grobe Verstöße gegen die Menschenrechte durch die nordkoreanische Regierung. Im Dezember 2013 veröffentlichte AMNESTY Satellitenbilder, die den stetigen Ausbau der beiden größten nordkoreanischen Gefangenenlager belegen. Die nordkoreanische Regierung aber bestreitet vehement, dass diese Straflager existieren.

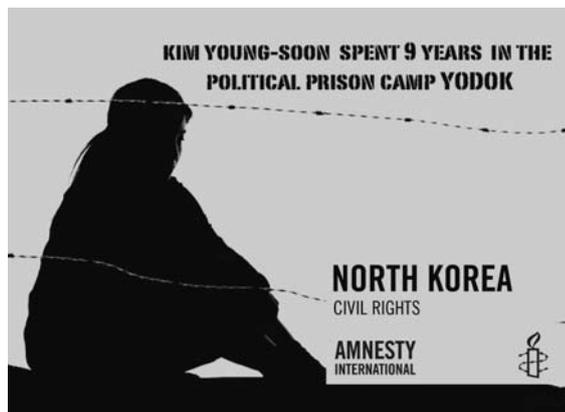
Im November 2014 stimmten 111 UNO-Mitgliedstaaten mehrheitlich für eine von der EU und Japan in die UNO Generalversammlung eingereichte Resolution, dass sich der UNO-Sicherheitsrat mit der Menschenrechtssituation in Nordkorea beschäftigen soll.

BLANKE WILLKÜR. Menschen in Nordkorea werden entweder gänzlich ohne Prozess eingesperrt oder auf der Basis von durch Folter erzwungenen „Geständnissen“ verurteilt. Der Staat operiert auch mit sogenannter Selbstkritik, die bei gemeinschaftlichen Sitzungen abgehalten wird. Die Teilnehmer_innen werden genötigt, ihre eigenen Fehler zu bekennen und andere zu beschuldigen. In den Straflagern geschieht das am Ende eines jeden Tages in großen Gruppen. Die anwesenden Wachsoldaten stiften die Gefangenen dazu an, diejenigen zu schlagen, die bei den Sitzungen scheitern. In Nordkorea gilt das Inhaftierungsprinzip der „Kollektivschuld“ („schuldig durch Verwandtschaft“), bei dem Verwandte (Eltern, Großeltern, Geschwister) von schuldig Gesprochenen mitinhaftiert werden. Ehemalige Staatsbürger_innen Nordkoreas sprechen hierbei auch von „Ausrottung der drei Generationen“. Kinder, die in dem Lager geboren werden, sind automatisch Häftlinge und müssen ihr gesamtes Leben dort verbringen. Gründe, die zu einer Inhaftierung in einer der sechs bekannten Kwanlisos (wörtlich: Internierungslager für politische Gefangene) führen,

sind beispielsweise Kritik an der politischen Führung des Landes, Kontakt zu südkoreanischen Staatsbürger_innen, der Empfang südkoreanischer Radiosender oder ein Fluchtversuch in die angrenzenden Länder, der nach nordkoreanischem Recht als „illegaler Grenzübertritt“ bezeichnet wird.

Männer, Frauen und Kinder müssen bis zu zwölf Stunden am Tag an sieben Tagen in der Woche unter lebensgefährlichen Bedingungen Zwangsarbeit verrichten. Oft müssen die Gefangenen zwanzig Kilometer laufen, um am Arbeitsort anzukommen. Die minimale Essensration pro Tag und Häftling umfasst 200 Gramm Mais. Sie ernähren sich zusätzlich von Schlangen, Ratten oder Schweine- und Hundefutter. Geschätzte 40 Prozent der Häftlinge sterben an Unterernährung.

FOLTER UND HINRICHTUNGEN. Selbst bei kleinsten Verstößen gegen Regeln oder Befehle oder bei Nichterfüllen der Arbeitsquote werden sie mit Folter und anderen Misshandlungen bestraft. Die Foltermethoden in den nordkoreanischen Straflagern sind grausam und brutal. Werden schwangere Frauen inhaftiert, wird die Schwangerschaft zwangsweise abgebrochen oder aber sie werden zu so schwerer Arbeit gezwungen, dass sie eine Fehlgeburt erleiden. Frauen verschwinden spurlos, nachdem sie vom Wachpersonal vergewaltigt worden waren. Alle von AMNESTY interviewten ehemaligen Häftlinge erlebten mindestens eine öffentliche Hinrichtung. Entweder wurden die Opfer von den Wachsoldaten erschossen, aufgehängt oder erschlagen. Häftlinge werden dann hingerichtet, wenn sie die Regeln im Straflager nicht beachten und gegen diese verstoßen, indem sie bspw. Nahrung stehlen.



Die ehemalige Gefangene Kim Young-soon verbrachte neun Jahre im Lager Yodok. Sie erinnert sich an eine Hinrichtung, bei der zwei Häftlingen, die fliehen wollten, in Kopf und Brust geschossen wurde, nachdem man sie zuvor geschlagen hatte.

Alle Fotos, wenn nicht gekennzeichnet Amnesty International

WERDEN SIE AKTIV!

Senden Sie den Appellbrief an den Obersten Führer der Demokratischen Volksrepublik Korea ab und fordern Sie die Schließung der Straflager und ein Ende von Zwangsarbeit und Folter.
(Aktion läuft bis Dez. 2016)

Bitte unterstützen Sie auch die Online-Petition an die chinesische Regierung, Nordkoreaner_innen nicht zurück in ihr Land abzuschicken.

Link: t1p.de/tqtr
(Bis Mitte April 2015)

BEIJING + 20

20 JAHRE NACH DER UN-WELTFRAUENKONFERENZ

Das Schlussdokument der vierten Frauenkonferenz 1995, die „Erklärung und Aktionsplattform von Peking“, ist bis heute ein wichtiges Dokument für die Menschenrechte von Frauen. Heuer sollen die Fortschritte überprüft werden.

Vor 20 Jahren kam die Welt in Peking anlässlich der vierten Weltfrauenkonferenz zusammen. 189 Regierungen verabschiedeten einen visionären Plan zur Geschlechtergleichstellung: Die Erklärung und die Aktionsplattform von Beijing. Über 17.000 Delegierte und 30.000 Aktivist_innen machten sich ein Bild von einer Welt, in der Frauen und Mädchen gleiche Rechte, Freiheiten und Möglichkeiten in allen Bereichen des Lebens haben.

Wenngleich es in den letzten zwei Jahrzehn-

ten viele Fortschritte gab, kann dennoch kein Land von sich behaupten, die Gleichstellung von Männern und Frauen erreicht zu haben. Es ist wieder an der Zeit, dass die Welt zusammen kommt, damit Frauen und Mädchen diese Reise zu Ende bringen können.

Die Erklärung und Aktionsplattform von Peking ist nach wie vor die umfangreichste globale Vereinbarung zur Stärkung von Frauen und zur Realisierung der Gleichstellung der Geschlechter. Wenn sie nur in allen Teilen umgesetzt worden wäre!

DIE FORTSCHRITTE. Dennoch können wir heute Fortschritte feiern. Mehr Mädchen gehen in die Schule. Mehr Frauen arbeiten, werden gewählt und nehmen Vorstandspositionen ein. Aber in allen Regionen und in allen Ländern der Welt sehen sich Frauen nach wie vor mit Diskriminierung konfrontiert, weil sie Frauen sind.

Wir sehen es jeden Tag: In ungleicher Bezahlung und ungleichen Karrieremöglichkeiten, im hartnäckig niedrigen Anteil von weiblichen Führungskräften im öffentlichen und privaten Sektor, in der anhaltenden Geißel der Kinderheirat und in der Epidemie der Gewalt, der eine von drei Frauen weltweit ausgesetzt ist – mehr als die gesamte Einwohnerzahl Europas.

Noch alarmierender ist die Tatsache, dass die Verhandlungen der Beijing-Konferenz heute wahrscheinlich in einer schwächeren Vereinbarung resultieren würden als vor 20 Jahren. Wir alle haben die Verantwortung, uns weiterhin für die volle Durchsetzung der Beijing-Aktionsplattform einzusetzen, denn jedes Mal, wenn eine Frau oder ein Mädchen durch Diskriminierung in ihrer Entwicklung behindert wird, ist das ein Verlust

Aus der Erklärung von Phumzile Mlambo-Ngcuka, Direktorin von UN Women zur Kampagne „Beijing + 20“

© UN Women Gallery



ten viele Fortschritte gab, kann dennoch kein Land von sich behaupten, die Gleichstellung von Männern und Frauen erreicht zu haben. Es ist wieder an der Zeit, dass die Welt zusammen kommt, damit Frauen und Mädchen diese Reise zu Ende bringen können.

Die Erklärung von Peking benannte Aktionen in 12 Bereichen, die für Frauen und Mädchen auf der ganzen Welt von entscheidender Bedeutung sind. Regierungen, der private Wirtschaftssektor und andere Entscheidungsträger_innen wurden dazu aufgefordert, die Armut von Frauen und Mädchen zu reduzieren, ihren Zugang zu Bildung und Ausbil-



für die ganze Menschheit. Seit der Peking Konferenz haben unwiderlegbare Beweise gezeigt, dass die Stärkung von Frauen die Stärkung der Menschheit zur Folge hat. Studien belegen, dass für jedes zusätzliche Jahr in dem Frauen sich bilden, die Kindersterblichkeit um 9,5 Prozent sinkt. Gleicher Zugang zu Ressourcen und Dienstleistungen für Landwirtinnen würde die Produktion stark in die Höhe treiben und den Hunger von 150

„Wer Frauen stärkt, stärkt die Welt.“

Millionen Menschen eliminieren. Eine Milliarde Frauen werden im nächsten Jahrzehnt in die Weltwirtschaft eintreten. Mit gleichen Möglichkeiten wird ihre Teilhabe ein globaler „Game-Changer“ für unseren Wohlstand sein.

Wir können und müssen dieses Bild zur Realität machen. Zurzeit arbeitet jedes Land daran, die Millennium-Entwicklungsziele bis 2015 zu erreichen und einen neuen globalen Entwicklungsplan zu definieren.

Wir müssen diese einmalige Gelegenheit nutzen, um die Gleichstellung der Geschlechter, Frauenrechte und die Stärkung von Frauen ins Zentrum dieser neuen globalen Agenda zu platzieren.

WERDEN SIE AKTIV!

Bitte unterschreiben Sie das Manifest und bitten Sie auch Ihre Freund_innen, es zu unterzeichnen.

Die Unterschriften werden gesammelt an globale politische Entscheidungsträger_innen übergeben.



MANIFEST FÜR SEXUELLE UND REPRODUKTIVE RECHTE

Zum Internationalen Frauentag 2015 und anlässlich der Überprüfung der „Erklärung und Aktionsplattform von Beijing“ fordert Amnesty International mit einem globalen Manifest an die Regierungen die Einhaltung der sexuellen und reproduktiven Rechte. Es lautet:

Da Regierungen, Politiker_innen und Institutionen immer wieder versuchen, Kontrolle über die persönlichsten Bereiche unseres Lebens auszuüben – unsere Sexualität, unsere zwischenmenschlichen Beziehungen, unsere Familienplanung – haben wir folgendes Manifest verfasst: Sieben Grundsätze, die die Basis für unseren gemeinsamen Einsatz für Selbstbestimmung über unseren Körper, unsere Gesundheit und unser Privatleben bilden.

Wir erklären:

1. Einvernehmlicher Sex ist niemals ein Verbrechen – unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität oder Familienstand.
2. Ein Schwangerschaftsabbruch – und die Unterstützung hierbei – ist KEINE strafbare Handlung.
3. Leistbare, die Vertraulichkeit wahrende und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung einschließlich des Zugangs zu Verhütungsmitteln ist ein Menschenrecht - kein Luxus.

4. Aufklärungsunterricht und Informationen über Sexualität und Partnerschaften müssen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen und für alle zugänglich sein.
5. Wir alle haben das Recht, frei von jeglicher Gewalt einschließlich Vergewaltigungen zu leben.

6. Wir haben ein Mitspracherecht bei Gesetzen und politischen Entscheidungen, die unseren Körper und unser Leben betreffen.

7. Wenn uns sexuelle und reproduktive Rechte verwehrt werden, dürfen wir darauf vertrauen, dass geeignete Maßnahmen gesetzt werden, um das erlittene Unrecht wieder gut zu machen.

Diese Erklärungen sind nicht nur Ausdruck unserer persönlichen Überzeugungen, sondern ergeben sich aus menschenrechtlichen Standards, die in internationalen Abkommen verankert und für unsere Regierungen rechtsverbindlich sind.

Es ist an der Zeit, dass sich unsere Regierungen auch an diese Verpflichtungen halten, damit wir selbst über unseren Körper, unser Leben und unsere Zukunft entscheiden können.

Ich unterstütze dieses Manifest, denn es geht um meinen Körper und meine Rechte.

IRAN: FREIHEIT FÜR BAHAREH HEDAYAT!

Die engagierte Kämpferin für Frauenrechte ist seit 2009 im Gefängnis und hat bereits schwere gesundheitliche Schäden davongetragen.

WERDEN SIE AKTIV!

Bitte schicken Sie den Appellbrief ab und fordern Sie die Freilassung Bahareh Hedayats.

Bahareh Hedayat, 33, ist Studentin und Frauenrechtlerin und Mitglied der Kampagne für Gleichberechtigung. Sie verbüßt gegenwärtig eine 10-jährige Haftstrafe nach ihrer Verhaftung am 31. Dezember 2009, inmitten der Unruhen nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen.

Sie verbrachte 81 Tage in Einzelhaft und erduldeten einen grauenhaften Verhörprozess, bevor sie ins Evin-Gefängnis gebracht wurde. Bahareh Hedayat ist Mitglied des „Büros für die Bewahrung der Einheit“ (einer Studierendenorganisation) und Vorsitzende von dessen Frauenkomitee sowie Mitglied der „Eine Million Unterschriften-Kampagne“ gegen Frauen diskriminierende Gesetze. Wegen ihres Einsatzes war sie vor ihrer Verhaftung 2009 bei zahlreichen Anlässen festgenommen und inhaftiert worden.

© Campaign for Equality

VERURTEILT WEGEN ZWEIFELHAFTER VERGEHEN. Im Mai 2010 wurde sie in 16 Punkten angeklagt, darunter „Propaganda gegen das System“, „Störung öffentlicher Ordnung“, „Teilnahme an illegalen Treffen“, „Beleidigung des Präsidenten“, „Beleidigung des Obersten Führers“, „Sammeln von Unterschriften“ und „Kommunikation mit ausländischen Medien“ und zu zehn Jahren Haft verurteilt.

Im Gefängnis trat sie gemeinsam mit anderen Aktivistinnen mehrmals in Hungerstreik, um gegen die degradierende Behandlung zu protestieren.

Bahareh Hedayat ist durch die schlimmen Haftbedingungen gesundheitlich sehr beeinträchtigt. Nach Angaben ihres Ehemanns Amin Ahmadian litt seine Frau vor der Inhaftierung an keinerlei Erkrankungen. Aufgrund internationalen Drucks wurde Bahareh Hedayat mehrmals Hafturlaub gewährt, um sich medizinisch behandeln zu lassen, zuletzt im Juli 2014.

Amnesty International setzt sich seit Jahren für die Freilassung Bahareh Hedayats ein. Bahareh Hedayat ist ausschließlich für ihren Einsatz für Menschenrechte verfolgt und inhaftiert. Inzwischen hat sie mehr als die Hälfte der Haftstrafe verbüßt und könnte nach iranischem Recht auf Bewährung entlassen werden, deshalb verstärken wir unser Bemühungen um eine Freilassung.



IRAN

MINDERJÄHRIGER STRAFTÄTER HINGERICHTET?

EIN GRAUSAMES SPIEL BETRIEBEN DIE IRANISCHEN BEHÖRDEN MIT DER FAMILIE EINES JUGENDLICHEN, DER AM 19. FEBRUAR HINGERICHTET WERDEN SOLLTE. DIE EXEKUTION FAND NICHT STATT. DEN ANGEHÖRIGEN WURDE ABER NICHT GESAGT, WOHIN ER GEBRACHT WORDEN SEI.

Der zum Tode verurteilte Saman Naseem wurde am 15. Februar misshandelt, um ihn zu zwingen, weitere „Geständnisse“ abzulegen, die aufgezeichnet werden sollten. Saman Naseem sollte am 19. Februar hingerichtet werden. Er war in einem unfairen Verfahren wegen Verbrechen zum Tode verurteilt worden, die er im Alter von 17 Jahren begangen haben soll. Amnesty International mobilisierte weltweit. Generalsekretär Salil Shetty wandte sich mit einer Videobotschaft an Ayatollah Khamenei, Saman Naseem nicht hinzurichten.

Am 19. Februar teilte man der Familie mit, die Exekution sei nicht vollzogen worden, verweigerte aber jegliche Auskunft, wohin der Gefangene gebracht wurde. Es wurde befürchtet, er könne im Geheimen hingerichtet werden.

Saman Naseem rief am 15. Februar seine Familie an und teilte ihr mit, dass er am selben Tag von Männern in Zivil in die Sicherheitsabteilung des Gefängnisses von Oroumieh (Urmia) gebracht worden sei. Er ging davon aus, dass es sich bei den Männern um Angehörige des Geheimdienstes gehandelt habe. Die Männer hätten Kameras und Aufnahmegeräte bei sich gehabt

und ihn stundenlang geschlagen, um ihn zu zwingen, „Geständnisse“ abzulegen, die gefilmt werden sollten. Er weigerte sich jedoch, dies zu tun.

Saman Naseem war im April 2013 von einem Strafgericht in Mahabad in der Provinz West-Aserbaidschan wegen „Feindschaft zu Gott“ (moharebeh) und „Verdorbenheit auf Erden“ (ifsad fil-arz) zum Tode verurteilt worden. Grund dafür waren seine Mitgliedschaft in der bewaffneten kurdischen Oppositionsgruppe „Partei für ein freies Leben in Kurdistan“ (PJAK) und seine Teilnahme an bewaffneten Auseinandersetzungen mit den Revolutionsgarden. Das gegen ihn verhängte Todesurteil wurde im Dezember 2013 durch den Obersten Gerichtshof des Iran bestätigt.

Saman Naseem hatte zu Beginn der Ermittlungen keinen Zugang zu seinem Rechtsbeistand. Außerdem gab er an, gefoltert worden zu sein. Unter anderem habe man ihm die Finger- und Fußnägel herausgerissen und ihn längere Zeit kopfüber aufgehängt.

Zu Redaktionsschluss lagen keine weiteren Informationen über das Schicksal des jungen Mannes vor.



Saman Naseem: Amnesty International setzte sich intensiv für ihn ein.

© privat

KURZMELDUNGEN AUS DEM IRAN

OFFENER PROTESTBRIEF VON 167 IRANISCHEN JOURNALIST_INNEN GEGEN DIE SCHLISSUNG VON REDAKTIONEN

167 iranischen Journalist_innen haben in einem Offenen Brief erklärt, dass in den letzten zwei Monaten Repressalien gegen iranische Zeitschriften und Reporter_innen zunehmen.

Zwei Zeitschriften wurden im letzten Monat eingestellt und ein Journalist wurde verhaftet. Die Unterzeichner_innen verlangen eine Rahmenordnung, wonach sie Informationen „in Sicherheit“ an die Bevölkerung weitergeben können.

Teheran, 24.01.2015 (Deutsche Welle, persisch)

ZUNEHMENDE FRAUENOBdachLOSIGKEIT IN DEN STRASSEN VON TEHERAN

Während des Besuches des Vizestaatspräsidenten in einem Frauenhaus wurde bestätigt, dass die Zahl der obdachlosen Frauen im Iran stark zunimmt.

„Tolou Bineshanha“, eine Bürgerinneninitiative, teilte der Öffentlichkeit mit: In Teheran gibt es ca. 500 obdachlose Frauen, die nur ein Stück Pappe auf die Straße legen um zu schlafen. Während die Zahl der obdachlosen Frauen im Jahr 2011 200 betrug, kann man deutlich sehen, wie die Zahl rasant wächst. die Politiker_innen müssten etwas gegen diese problematische Entwicklung unternehmen.

Teheran, 22.01.2015 (Hrana News)

INDIEN

EIN MÄDCHEN GROSSZUZIEHEN, IST WIE DIE PFLANZEN IM GARTEN SEINER NACHBARN ZU GIESSEN

Diskriminierung, Zwangsheirat, Misshandlungen, Vergewaltigungen, Mädchenmorde, Tötung weiblicher Föten - die Geringschätzung von Frauen und Mädchen ist oftmals noch indische Realität. Doch ein Umdenken hat begonnen und Frauen fordern ihre Rechte. Einblicke und Erfahrungen.

Von Marlene Hofstätter

(Bericht und Fotos)

Zur Person: Ich studiere Soziale Arbeit im 4. Semester an der Fachhochschule St. Pölten. Bereits am Anfang meines Studiums habe ich mich für den internationalen Bereich, wie Migration und Entwicklungszusammenarbeit, interessiert. Deshalb war es mir ein großes Anliegen, mein Praktikum in einem Entwicklungsland zu machen. Mein Praktikum habe ich in Pune / Indien bei der Nichtregierungsorganisation „Maher“ absolviert.

Die NGO Maher begann mit der Aufgabe, die Situation der indischen Frau zu verbessern. Inzwischen ist der Aufbau soweit fortgeschritten, dass zahlreiche Häuser ca. 300 Frauen, 700 Kinder und 20 Männer beherbergen und betreuen. Die Klient_innen sind oft psychisch erkrankt, traumatisiert oder von physischer Gewalt betroffen und haben keine Existenzgrundlage mehr. Maher bietet eine Grundversorgung und Ausbildung, Bewusstseinsbildungsprogramme sowie Selbsthilfegruppen. So wird betroffenen Frauen, deren Kindern, Straßen- und Waisenkindern sowie neuerdings auch älteren Frauen und Männern Schutz und Fürsorge für eine bessere Zukunft geboten.

Durch dieses Praktikum lernte ich ein weites Spektrum von sozialen Themen und Proble-

men kennen. Mitunter ist vor allem Indien ein präzises Beispiel in Bezug auf Frauendiskriminierung und das Erkämpfen der Rechte von Frauen. Durch die Medien hört man regelmäßig von Übergriffen auf Frauen in Indien und vor allem von Vergewaltigungen. Doch was steckt hinter diesen Medienberichten? Sind die Frauen wirklich so gefährdet wie es immer wieder vermittelt wird?

MENSCHEN ZWEITER KLASSE. In Indien werden Frauen immer noch oft genug als Menschen zweiter Klasse betrachtet. Die Frau ist das Arbeitstier, der Mann Gott. Man hört von Hetzerei, Zwangsheirat, Misshandlungen, Vergewaltigungen, Mädchenmorden, der Tötung weiblicher Föten und sogar manchmal noch von Witwenverbrennung. Obwohl sich schon ein großes Umdenken in den Köpfen der Inder und Inderinnen eingestellt hat, ist das Thema immer noch, vor allem im ländlichen Gebieten, präsent. Für die Tötung von weiblichen Föten sind zwei Gründe hauptverantwortlich: der Glaube, nur der Mann kann die Familie versorgen und die Mitgift. Die Mitgift ist die Schenkung eines großen Vermögens, die das Elternpaar der Braut der Familie des Bräutigams überreichen muss. Diese ist für die Familie der Braut eine große finanzielle Belastung. Sie ist zwar seit 1961 verboten, wird jedoch noch immer vom Bräutigam eingefordert. Deshalb gilt weiterhin der Grundsatz: „Ein Mädchen großzuziehen ist, wie die Pflanzen im Garten seiner Nachbarn zu gießen.“ Außerdem gilt die Misshandlung von Frauen nicht selten als interne Familienangelegenheit, in die man sich nicht einmischt. Frauen, die durch Vergewaltigungen vor der Eheschwanger werden, müssen meist aus ihren Dörfern fliehen, um der Hetze wegen der Schande zu entkommen. Stirbt der Ehemann,



ist es für die Frau oftmals unmöglich, sich finanziell über Wasser zu halten. Es entsteht Armut und Witwen werden aus der Gesellschaft ausgestoßen. Viele Frauen werden dadurch nach dem Tod des Mannes in den Selbstmord getrieben.

WANDEL IN DER GESELLSCHAFT. Während meines Aufenthalts bekam ich jedoch auch den starken Wandel in der indischen Gesellschaft zu spüren. Immer öfter werden in den Medien die Übergriffe auf Frauen thematisiert. Die Medienberichte zeigen, dass diese Misshandlungen nicht mehr als Privatangelegenheit oder sogar als Selbstverständlichkeit angesehen werden. Nein, es ist eine Sensibilisierung der Thematik erkennbar.

Immer mehr Frauen in Indien stehen auf und kämpfen für ihre Rechte. Mehr und mehr Vereine und Organisationen zum Schutz der Frauen werden gegründet, die sich, aufgrund der Ungerechtigkeiten, an die Öffentlichkeit wenden. Die Medien werden als Instrument zur Veränderung eingesetzt. Die ganze Welt soll erfahren wie die Frauen in Indien noch immer behandelt werden. Die Gesellschaft soll sich des Problems bewusst werden und gemeinsam dagegen ankämpfen.

KONSERVATIVER GEGENWIND. Doch es gibt Rückschläge. Viele konservative Männer fühlen sich bedroht von der Stärke der liberalen Frauen in der heutigen Gesellschaft Indiens. Ihnen hat das „Leben als Gott“ gefallen, die alte Ideologie wird als die einzig Richtige empfunden. Aufgrund der heutigen Bedrohung durch die Stärkung der Frauen fühlen sich viele Männer hilflos und Hilflosigkeit führt oft zu Gewalttätigkeit. Auch der strikte moralische Druck, erst nach der Heirat Sex zu vollziehen einerseits, die andauernde moderne sexuelle Reizung durch Internet und Fernsehen andererseits, tragen zu Übergriffen bei. Durch die fehlende Infrastruktur kommt es in

den entlegenen Dörfern noch immer zur Selbstjustiz durch den Dorfvorsteher, der die Gesetze oft zum Nachteil der Frauen auslegt. Je tiefer es in ländliche Gegenden geht, umso willkürlicher sind die Gesetze. Viele Frauen dürfen das Haus nicht verlassen, die Männer bestimmen über sie. Der Mann sagt, wann die Frau hinaus darf. Aber auch die Eltern des Mannes sehen die Schwiegertochter manchmal als ihre Arbeiterin, als wäre sie ein Besitz, über den sie herrschen können.

WERTSCHÄTZUNG DURCH KLEINE GESTEN. Während meiner Arbeit bei Maher wurde für mich die noch immer starke Diskriminierung der Frauen sichtbar. Ich bekam dies zum ersten Mal vorgeführt, als ich gemeinsam mit der Gründerin von Maher, Sr. Lucy, und anderen Mitarbeiter_innen auf ein Fest in einem Dorf eingeladen war. Maher unterstützt dieses Dorf und gründete hier eine Selbsthilfegruppe. Die Feierlichkeiten waren sehr schön. Danach wurde beim Dorfvorsitzenden auf einen Chai eingeladen. Die besten Decken wurden für uns vor das Haus gelegt, um uns darauf niederzulassen. Sr. Lucy erklärte uns, dass seine Frau im Haus sei, sie dürfe nur aus dem Haus, wenn eine ältere, höher angesehene Person als der Mann oder der Mann darum bitte. Dies tat sie. Sie bat die Frau heraus. Diese setzte sich abseits schüchtern hin. Doch Sr. Lucy bat sie, als Zeichen der Anerkennung, sich zu ihr zu setzen. Selbst mit diesen kleinsten Gesten versucht Maher ein Umdenken zu erreichen.



Die Organisation Maher setzt sich vor allem für Frauen ein, die ihre Existenzgrundlage verloren haben, Opfer von Gewalt wurden oder psychisch krank sind.

Mehr über Maher finden Sie auf www.maherashram.org

INDIEN: EIN MÄDCHEN GROSSZUZIEHEN IST, WIE DIE PFLANZEN IM GARTEN SEINER NACHBARN ZU GIESSEN



Denn Tatsache ist: Es kommt beinahe nie vor, dass sich eine Durchschnittsfrau zu hochangesehenen Menschen setzen darf.



Im Gespräch mit einer Frau, die an vielen psychischen Belastungen leidet, bekam ich eine weitere persönliche Geschichte der massiven Unterdrückung zu spüren. Die Frau kam aus einem reichen Haushalt, sie studierte und wurde Lehrerin an einer angesehenen Schule. Ihre Eltern suchten für die Frau einen reichen Bräutigam. Die Frau wollte diesen Mann nicht heiraten, doch sie wurde durch die alten moralischen Wer-

te dazu genötigt. Nach der Zwangsheirat wandte sie sich von ihrer Familie ab. Sie konnte nicht verstehen, wieso die Familie ihr dies antun konnte. Der Mann behandelte sie nicht gut. Er hatte vor ihrer Heirat schon zwei Frauen gehabt und Kinder mit in die neue Ehe gebracht. Zuerst bestand er darauf, dass die Frau ihren Job kündigte. Er meinte, es nicht dulden zu können, dass seine Frau arbeitet. Die Frau liebte den Job als Lehrerin, doch ihr blieb keine andere Wahl, als zu kündigen. Sie träumte davon, eines Tages Kinder zu bekommen, doch dieser Wunsch wurde ihr verwehrt. Denn ihr Mann meinte schon genug Kinder zu haben und ließ die Frau daraufhin zwangssterilisieren. Nach dieser traumatisierenden Tat bekam die Frau psychische Probleme und Depressionen. Irgendwann verging dem Mann das Interesse an seiner Frau und er betrog und verließ sie. Nun stand sie ohne Ehemann, ohne Job, ohne Familie und ohne die Chance auf zukünftige Kinder da. Durch das Erbe ihres Vaters konnte sie sich über Wasser halten und fand nach einigen Jahren sogar wieder Arbeit in Pune. Sie verliebte sich und heiratete. Doch ihr neuer Mann war auf ihr Geld aus. Sie wurde beraubt und verlassen. Danach fand sie zu Maher. Nun erzählt sie von quälenden Träumen, in denen ihr ihre Mutter begegnet. Es klingt für mich fast so, als glaube sie, ihre Mutter sei enttäuscht von ihr. Sie hat Schuldgefühle und meint, durch die Heirat des zweiten Mannes über ihre Familie Schande gebracht zu haben.

EIN LAND IM WANDEL. Im Großen und Ganzen steckt Indien in einem großen Wandel. Die Meinungen sind sehr gespalten, die Differenz zwischen Land und Stadt überaus groß. Doch Sex vor der Ehe wird selbst bei der jüngeren Generation für Frauen als unangebracht angesehen. Die Frauen, die sich gegen diese moralischen Vorstellungen wehren, werden geächtet. Dass der Kampf gegen die Diskriminierung der Frau noch einen sehr weiten Weg hat, wurde mir während meines Aufenthalts vor Augen geführt.

25 JAHRE NW FRAUENRECHTE MENSCHENRECHTSVORTRAG & FEST



Gruppensprecherin Barbara Wagner und Gründungsmitglied der Amnesty Frauenrechtsgruppe Irene Planer

Am 25. 11. 2014, dem internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, feierte das Amnesty-Netzwerk Frauenrechte im C3 in Wien Alsergrund mit der bekannten russischen Menschenrechtsverteidigerin und Memorial-Gründungsmitglied Irina Sherbakova ihr 25-jähriges Bestehen. Über 50 Gäste waren gekommen und ließen mit uns die Erfolge des letzten Vierteljahrhunderts Revue passieren. Eines unserer engagiertesten neuen Mitglieder, Eva Dostalova, hatte zwei Kurzfilme in Eigenregie produziert und präsentierte sie während der Veranstaltung als Intro in den Themenabend „Menschenrechte zwischen Stalinismus, Gulag und Russland heute“ mit der

russischen Menschenrechtsaktivistin Irina Sherbakova. Die Historikerin referierte eindringlich über die jahrelangen Bemühungen um die Aufklärung des Terrors und politischer Repressionen gegenüber Andersdenkenden in Russland. Memorial entstand 1989 als Bürgerrechtsbewegung während der Perestroika-Zeit in der früheren Sowjetunion mit dem Ziel, die Auswirkungen der Gewaltherrschaft des Stalinismus aufzuarbeiten und der Opfer zu gedenken. Eine Zusammenfassung des Vortrags finden Sie auf den nächsten Seiten.

Zeitgleich an diesem Abend startete die Online-Aktion „Hands of Hope“, eine Demonstration von Mut, Hoffnung und internationaler Solidarität mit allen Frauen. Sabine Vogler vom Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte – Kooperationspartnerin der Veranstaltung - und Barbara Wagner vom Netzwerk Frauenrechte moderierten die Doppelveranstaltung und führten souverän durch den Abend.

Eva Burger, Vizepräsidentin von Amnesty Österreich, gratulierte dem NW Frauenrechte und dankte für die lange, engagierte Arbeit. Das Netzwerk Frauenrechte sagt Danke für die Unterstützung, die wir in den letzten 25 Jahren erfahren haben, Danke für euer Engagement, eure Begeisterung und euren Mut, euch für die Rechte der Frauen einzusetzen.



RUSSLAND

IRINA SHERBAKOVA: „ES WAR EINE ZEIT OHNE JEDEN FUNKEN VON MENSCHENRECHTEN.“

Im Rahmen der 25-Jahr-Feier des Netzwerks Frauenrechte hielt Irina Sherbakova, Germanistin, Historikerin und Mitglied von Memorial einen Vortrag zum Thema „Menschenrechte zwischen Stalinismus, Gulag und Russland heute.“ Der nachfolgende Artikel gibt die wichtigsten Inhalte dieses Vortrags wieder.

Von Barbara Wagner,
Gruppensprecherin des NW
Frauenrechte

Memorial ist eine internationale Menschenrechtsorganisation. Sie wurde 1988 auf Initiative von Andrei Sacharow in Russland gegründet und widmet sich der historischen Aufarbeitung politischer Gewaltherrschaft, der Einhaltung der Menschenrechte und der sozialen Fürsorge für die Überlebenden des sowjetischen Arbeitslagersystems (Gulag).

„1989 war das glücklichste Jahr meines Lebens“, meinte Frau Sherbakova. „So viele Dinge waren möglich, die für uns vor Jahren unvorstellbar waren.“

In Russland gibt es keine einzige Familie ohne Opfer des Stalinismus. Insgesamt waren vier Millionen Menschen betroffen. Die Menschen



endeten im Gulag oder Gefängnis. Deportiert wurden etwa Bauern und Bäuerinnen, aber auch ganze sowjetische Völker. Wegen eines Verstoßes gegen das Abtreibungsverbot wurde eine Million Frauen bestraft. Menschen wurden wegen Kleinigkeiten verfolgt. Z. B. bestand ein Delikt, das bestraft wurde, darin, 20 Minuten zu spät zum Arbeitsplatz zu kommen. 1948 gab es eine Gesetzesverschärfung. Für Diebstahl am Arbeitsplatz, wozu auch die Mitnahme von Brot und Milch für hungrige Kinder zählte, wurde man mit Lagerhaft von fünf bis acht Jahren bestraft. Davon waren hunderttausende Frauen betroffen.

1956 wurde Stalin am 20. Parteitag entlarvt.

Das führte dazu, dass seine Büsten im Keller verschwanden. 1962 erschien Solschenyziins Buch „Ein Tag im Leben des Iwan Denisowitsch“, das im Gulag spielt. Das Buch verschwand dann aber zunehmend aus Bibliotheken. Informationen erhielt man nur über Untergrundliteratur und -radios.

Zu dieser Zeit kannte man viele Menschen, die im Gulag waren. Betroffen waren meist Frauen, die Männer wurden meist erschossen. Frauen waren in diesen Situationen zäher, sie entwickelten Solidaritätsstrategien, die die Männer eher nicht entwickelten.

ÜBERLEBEN IM GULAG DOKUMENTIERT. Frau Sherbakova begann dann Interviews mit Menschen zu führen, die im Gulag waren. Das machte sie bis ca. 1990. Sie wollte die Interviews nicht veröffentlichen, hatte versprochen, das zu Lebzeiten der Interviewten nicht zu tun. Zum damaligen Zeitpunkt dachte sie nicht, dass sie das Material für eine öffentliche Arbeit und ein öffentliches Archiv verwenden würde. Sie wollte dokumentieren, wie man im Gulag überleben und weiterleben konnte.

Unter Breschnew gab es keine Massenverhaftungen, keinen Terror und keinen Fanatismus wie in den 30er Jahren. Es gab nur mehr punktuelle Verhaftungen. „Es war aber ein sehr morsches, dahinvegetierendes System. Wir dachten, es hätte noch viel Kraft in sich. Es war sehr depressiv. Männer verfielen dem Alkoholismus, dem Hauptmittel, mit diesem Leben, diesen Traumata umzugehen. Bei mir waren es Depressionen. Die Gespräche halfen mir, das war eine Art Selbsttherapie für mich. Es war eine Zeit ohne jeden Funken von Menschenrechten. Wir dachten, es geht ohne Aufarbeitung der vergangenen Zeiten nicht weiter. Zeitschriften und Zeitungen mit Informationen erschienen in Millionenaufgabe.“

1988 war eine sehr bewegte Zeit. Es gab viele

Zirkel. Wir brauchten ein Denkmal, eine Gedenkstätte. Es gab gar nichts, keine Fotos, Filme oder Museen. Es gab nur die Erinnerung. So entstand der Name Memorial.

MACHT ÜBER DIE VERGANGENHEIT. Zuerst war nicht bekannt, dass es Archive des Regimes gab. Das änderte sich jedoch. Eine der ersten Parolen war: Öffnet die Archive! „Zugang zu Archiven: Das ist die Macht über die Vergangenheit. Das Archiv ist das Gedächtnis für das System.“ Alle Völker der Sowjetunion hätten den Schrecken erlebt und das gemeinsam aufarbeiten müssen.

Memorial ist ein Netzwerk, keine Organisation. Es ist ein Netzwerk verschiedener Organisationen, von Menschen aus verschiedenen Orten mit verschiedenen Themen. Bei Memorial wurden unterschiedliche Projekte unter einem Dach versammelt.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion war nicht klar, dass Memorial ein Menschenrechtszentrum bleiben würde. Klar war aber, dass Memorial auch mit aktuellen Menschenrechtsfällen zu tun haben würde. Ein solches Thema waren die in Aserbaidschan stattfindenden Pogrome. Die Themen wurden leider mehr, nicht weniger. Dann kam der Tschetschnienkrieg. Da wurde es gefährlich für Memorial. Damals gab es aber noch die freie Presse.

„Wir spürten aber, dass das Interesse an der Aufarbeitung der Vergangenheit nachgelassen hat.“ Es kam zu einer Verschlechterung des Lebens wegen marktwirtschaftlicher Reformen. Da vergaß, verdrängte man die Vergangenheit. Es begann die Nostalgie einzusetzen. Großeltern malten die Vergangenheit rosa aus. Gorbatschow wurde zur schlimmsten Figur der Geschichte erklärt. Das begann zuerst schleichend, wurde aber immer stärker. Da blieb die Aufarbeitung auf der Strecke. Ursache und Wirkung wurden auseinandergerissen, Schulbücher wurden geändert.

Der Zerfall der Sowjetunion war sehr traumatisch. Er ging so schnell, so leicht, so ohne Opfer - mit Ausnahme von Tschetschenien. „Da

haben wir unterschätzt, wie schwer es für die Leute war.“ Die neu entstehenden Staaten wurden zum Feindbild Russlands.

Beim Machtwechsel 2000 waren die Leute frustriert. Sie wollten Ordnung und Stabilität. Die junge Demokratie wurde gegen Ordnung und Stabilität eingetauscht. Das ging zuerst gut, die Löhne und Renten stiegen. Es gab wirtschaftliche Reformen. Der Preisanstieg von Gas und Öl brachte Geld. Dabei wurde nie das Wort Demokratie genannt. Es gab keine Justizreform, aber einen Demokratieabbau bei den regionalen Wahlen. Man begann die Zivilgesellschaft zu vertikalisieren, um alles in den Griff zu bekommen, was kritisch ist. Die Medien wurden verstaatlicht. Das Fernsehen spielte eine entscheidende Rolle. Millionen wurden in Fernsehserien gesteckt. Es kam zu einer totalen Banalisierung der Realität. Inhalt waren Mythen, Krimis und das Vermitteln von Werten. Es gab auch das Signal: „Bereichert euch, wenn Ihr könnt.“

KEIN VERTRAUEN IN DEN STAAT. Der Staat wurde immer korrupter und krimineller. Die Leute wurden immer aggressiver. Umfragen ergaben, dass die Leute nur mehr Vertrauen zur nächsten Familie hatten.

2008 kam es zu einer Krise. Die russische Provinz war betroffen, die Arbeitslosigkeit hoch. Unzufriedenheit und Frustration wurden immer größer. 2011 und 2012 kam es zu Protesten. In Umfragen erzielte Putin nur Werte von 40 Prozent. Die größten Proteste gab es zu den Dumawahlen, weil die so deutlich gefälscht waren. Alle Parteianhänger_innen – von Rechten bis zu Kommunist_innen – gingen auf die Straße. In der Peripherie war es aber anders als in den Städten. Die Menschen am Land bekamen davon nichts mit. Die Menschen in der Provinz verfügen über keine Pässe und ein niedriges Einkommen. So verdient eine Lehrerin in der Provinz weniger als € 200,-.

„Man kannte viele Menschen, die im Gulag waren. Betroffen waren meist Frauen, viele Männer wurden erschossen. Frauen waren in diesen Situationen zäher, sie entwickelten Solidaritätsstrategien, die die Männer eher nicht entwickelten.“

RUSSLAND. IRINA SHERBAKOVA: „ES WAR EINE ZEIT OHNE JEDEN FUNKEN VON MENSCHENRECHTEN.“

Es kam zu einem Konflikt „Alte gegen Junge“. Den Alten war die Bildung wichtig, den Jungen nicht. Literatur war nicht mehr wichtig, da ist eine Leere entstanden. Die Leute sind in Patriotismus und Nationalismus verfallen. So hieß es etwa, dass die Gastarbeiter_innen (aus Tadschikistan, Kaukasien) an allem schuld seien. Man suchte immer Feindbilder. „Der echte Patriotismus ist derjenige, der seinen Ort, sein Land, seine Stadt liebt und Verantwortung übernimmt. Nationalismus hasst alle anderen.“ Stolz und dem großen Russland nachzutrauern wurden verbunden mit Hass und Misstrauen gegenüber dem Westen, wobei damit Amerika gemeint ist.

POLITISCHE PROZESSE. Bei vielen Gerichtsverfahren handelte es sich um Strafprozesse, die aber in Wirklichkeit politische Prozesse (z.B. gegen Pussy Riot) waren.

Vor der letzten Präsidentenwahl wurde eine Reihe von Gesetzen erlassen. So gab es ein gesetzliches Verbot von Kundgebungen. Junge Menschen, die an Kundgebungen teilnahmen, kamen für 10 bis 15 Tage in Haft. 60 Personen erhielten sehr hohe Strafen. „Es ist ein sehr schlimmes Symptom der Gesellschaft, wenn man sieht, welche Urteile Richter aussprechen.“

Das Gesetz wurde in folgendem Geist erlassen: Versammlungen sind eine Verschwörung gegen die Regierung. Es kann nicht sein, dass sich Menschen zusammentun können, um etwas zu verbessern. Das müssen alle Agent_innen aus dem Westen sein.

In Folge wurde das Agentengesetz erlassen. Organisationen, die Geld aus dem Westen bekommen und politisch tätig sind, sind Agent_innen. Politisch tätig ist man, wenn man die öffentliche Meinung beeinflussen will. So gab es etwa Prozesse gegen die Soldatenmütter, in denen es hieß, sie seien ausländische Agentinnen. Es gab viele Initiativen in Russland, die mit NGOs aus dem Westen zusammenarbeiteten. Diese betraf das Gesetz. Seit März 2014, seit der Besetzung der Krim,

wurde es noch massiver. Memorial schrieb einen Protestbrief. Die Situation für Memorial wurde immer schwerer. Neue Gesetze, neue Regeln wurden erlassen. Memorial sollte eine vertikale Organisation aufbauen mit Sitz in Moskau, die teilhabenden Organisationen sollten untergeordnet werden. Memorial ist aber ein loses Netzwerk und keine Organisation. Weiters wurde behauptet, Memorial sei ein ausländischer Agent, weil die Organisation erklärte, die Wahlen seien gefälscht. Dadurch sei man politisch tätig gewesen.

Die Leute seien stolz, dass Russland wieder die Krim habe. Die Bevölkerung glaubt die propagierten Gräueltaten in der Ukraine. Es gibt viel Hass in der Gesellschaft. Deswegen ist Memorial besorgt. Es besteht aber auch die Hoffnung, dass so ein großes Land nicht vom Hass und Stolz alleine leben kann.

Memorial erhält Unterstützung aus der ganzen Welt, etwa von Historiker_innen, aber auch von Leuten aus Russland. „Das ist unsere Hoffnung. Auch die Solidarität, die wir im Westen sehen. Wir glauben, dass die aggressive Außenpolitik im Zusammenhang mit der Krise im Inneren steht. Das dient der Ablenkung.“ Memorial hofft, dass der Spuk vergehen wird und dass die Menschen zur Besinnung kommen werden.

EINE CHANCE FÜR DIE UKRAINE. Am Schluss wurde Frau Sherbakova noch gefragt, wie Europa auf die Ukraine-Krise reagieren solle. Sie meinte dazu, dass man versuchen muss, die Ukraine und Russland zusammenzubringen. Dazu brauche es Vermittlung aus Westeuropa: „Wir brauchen Organisationen wie Amnesty und auch Frauenorganisationen.“ Hinsichtlich der Ukraine hat sie die Angst, dass Europa hilflos ist und dem nichts entgegensetzen kann. „Europa ist gespalten, sehr viele Organisationen unterstützen uns aber. Solidarität und Proteste, wie etwa bei Pussy Riot, haben Konsequenzen. Europa muss Russland zeigen, dass man nicht Waffen und Technologie an Russland verkauft.“ Man müsse der Ukraine eine Chance geben, sich demokratisch zu entwickeln.

„Es gibt viel Hass in der Gesellschaft. Deswegen ist Memorial besorgt. Es besteht aber auch die Hoffnung, dass so ein großes Land nicht vom Hass und Stolz alleine leben kann.“

ÖSTERREICH / EU

GEWALTFREI LEBEN: KAMPAGNE ZUR VERHINDERUNG VON GEWALT AN FRAUEN UND KINDERN

Opferschutz im Krankenhaus: Wiener Krankenanstalten setzen ein Zeichen und beteiligen sich an der EU- Kampagne „GewaltFREI leben“.

Am 28. Jänner 2015 fand mit einer Veranstaltung im AKH der Auftakt des Projekts „GewaltFREI leben durch mein Krankenhaus“ statt. Das Projekt wird vom Allgemeinen Krankenhaus der Stadt Wien, dem Krankenhaus der Barmherzigen Brüder, dem Hanusch-Krankenhaus und der Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie gemeinsam durchgeführt. Ziel ist es, Opfern familiärer Gewalt wirkungsvoll zu helfen und nicht nur ihre körperlichen Verletzungen zu behandeln, sondern sie auch zu beraten und an Opferschutzeinrichtungen zu vermitteln. Im Rahmen des Projektes werden bisherige Maßnahmen gestärkt und Schulungen für Gesundheitsfachkräfte durchgeführt.

KRANKENANSTALTEN SIND ZENTRALE ANLAUFSTELLE.

Laut der Studie der EU-Grundrechtsagentur ist jede 3. Frau in der EU von Gewalt betroffen. Viele Opfer scheuen sich, das Problem öffentlich zu machen und nur ein Drittel zeigt den schwersten gewalttätigen Übergriff an oder vertraut sich einer Einrichtung an. Wenn Opfer Hilfe suchen, wenden sie sich am häufigsten an Einrichtungen des Gesundheitswesens. Krankenanstalten sind somit eine zentrale Anlaufstelle für gewaltbetroffene Frauen. Über die Ursachen von Verletzungen sprechen jedoch nur wenige. Das sensible Ansprechen eines Verdachtes durch Gesundheitsfachkräfte ist daher Voraussetzung für eine adäquate Behandlung und Weitervermittlung an Opferschutzeinrichtungen. Die Studie der EU Grundrechtsagentur zeigt, dass 87% der befragten Frauen es in Ordnung finden, wenn Fachkräfte im Gesundheitsbereich das Problem von sich aus ansprechen.

„Gewaltprävention ist für uns Teil einer ganzheitlichen Krankenbehandlung und ganz besonders ist uns die sensible Versorgung von gewaltbetroffenen Frauen und Kindern ein

zentrales Anliegen“, so Klaus Klaushofer, Ärztlicher Direktor des Hanusch Krankenhauses. Auch Therese Lutnik, Pflegedirektorin des KH der Barmherzigen Brüder, macht deutlich, dass Opferschutz ein zentraler Bestandteil der Krankenbehandlung ist: „Im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder werden Menschen unterschiedlichster sozialer und kultureller Schichten betreut. Dabei behandeln unsere Mitarbeiter_innen immer wieder Opfer nach körperlichen Gewalteinwirkungen. Für uns gilt: bei Gewalt ist Wegschauen verboten und wir freuen uns, Teil dieser EU-weiten Kampagne zu sein.“

Rosa Logar und Elisabeth Gruber von der Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie, die das EU Projekt koordinieren, zeigen sich erfreut über die Kooperation: „Nur durch die enge Zusammenarbeit von Krankenhaus und Opferschutzeinrichtungen kann es uns gelingen, Opfern familiärer Gewalt besser zu helfen und ihr Leid früher zu erkennen. Das ist besonders wichtig, wenn Kinder von Gewalt betroffen sind.“ Im Rahmen von GewaltFREI leben werden einige große Projekte zentral organisiert:

- ◆ Sensibilisierung des Gesundheitsbereiches und Erstellung eines Handbuchs zur konkreten Verankerung von Richtlinien in Krankenhäusern
- ◆ Zusammenarbeit mit Migrantinnenorganisationen
- ◆ Vernetzung von verschiedenen Institutionen zur Sicherheitsplanung für Betroffene in Hochrisikosituationen
- ◆ Arbeit mit Medien
- ◆ Workshops mit Kindern und Jugendlichen



Die Kampagne „GewaltFREI leben“ wird vom Bundesministerium für Bildung und Frauen aus Mitteln der Europäischen Union finanziert und vom Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser (AÖF) in Zusammenarbeit mit der Bundesjugendvertretung (BJV) und der Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie im Zeitraum 2014 bis Ende 2015 durchgeführt.

Nähere Informationen zur Kampagne finden Sie unter www.gewaltfreileben.at

MEXIKO

ZEUGINNEN BEDROHT UND EINGESCHÜCHTERT

Zwei indigene Frauen hatten 2010 die Ermordung der Menschenrechtler_innen Bety Cariño und Jyri Jaakkola beobachtet und werden vor ihrer Aussage von Angehörigen der Tatverdächtigen bedroht.

Im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca sind zwei Zeuginnen der Ermordung zweier Menschenrechtler_innen bedroht worden. Dies ist ein offensichtlicher Versuch, sie von ihrer Aussage vor Gericht abzuhalten. Nun könnte ihr Leben in Gefahr sein.

Die zwei indigenen Frauen hatten die Ermordung der Menschenrechtler_innen Bety Cari-

schienen dieselben Personen wieder am Haus der Frauen und teilten ihren Angehörigen mit, dass "etwas Schlimmes passieren könnte" (algo malo puede pasar), wenn sie ihre Aussagen nicht zurückzögen. Die von den Behörden bereitgestellten Schutzmaßnahmen für die beiden Frauen sind unzureichend.

HAFTBEFEHLE VERZÖGERT. Im Jahr 2012 wurden Haftbefehle gegen Mitglieder einer bewaffneten Gruppierung mit offensichtlicher Verbindung zu lokalen und bundesstaatlichen Behörden ausgestellt. Die Gruppierung soll für die Tötung von Bety Cariño und Jyri Jaakkola im Jahr 2010 in der Nähe der Indigenengemeinde San Juan Copala verantwortlich sein. Elf der Beschuldigten befinden sich nach wie vor auf freiem Fuß. Die verantwortlichen Behörden haben die Vollstreckung der Haftbefehle nur unzureichend vorangetrieben, offenbar aus Angst vor Vergeltung durch die Gruppierung.

HILFSKONVOI ÜBERFALLEN. Am 27. April 2010 überfiel eine bewaffnete Gruppierung mit mutmaßlicher Verbindung zu lokalen und bundesstaatlichen Behörden einen Hilfskonvoi auf dem Weg in die abgelegene Indigenengemeinde San Juan Copala im Bundesstaat Oaxaca im Süden Mexikos und tötete die Menschenrechtsverteidigerin Bety Cariño und den finnischen Menschenrechtsbeobachter Jyri Jaakkola.

Die Gemeinde im indigenen Triqui-Gebiet war von der bewaffneten Gruppierung monatelang belagert worden, der Konvoi wollte nun Nahrungsmittel und Medikamente in das Dorf bringen und die herrschende Menschenrechtssituation dokumentieren. Die übrigen 25 Mitglieder des Konvois überlebten den Angriff, einige erlitten jedoch Schussverletzungen und wurden von den Angreifern etwa eine Stunde lang festgehalten und vernommen.



Alberta (Bety) Cariño Trujillo,
Leiterin der NGO CACTUS
Collective in Oaxaca und
Margaret Sekkagya, UN-Sonder-
berichterstatteerin für Men-
schenrechtsverteidiger_innen,
2010 © CACTUS

ño und Jyri Jaakkola beobachtet. Am 22. Januar wurden sie nun von Verwandten eines Mannes bedroht, der wegen Tatverdachts inhaftiert ist. Ihre Aussagen als Zeuginnen vor Gericht stehen kurz bevor. Die zwei Frauen, deren Namen hier zu ihrem Schutz nicht genannt werden, wurden in ihrem Heimatort El Carrizal im Bundestaat Oaxaca im Süden Mexikos von den Verwandten des Tatverdächtigen aufgesucht und aufgefordert, ihre schriftlichen Zeugenaussagen zurückzuziehen. Beide Zeuginnen haben nach dem Vorfall El Carrizal verlassen. Am 3. und 4. Februar er-

Nachdem sie freigelassen worden waren, flohen einige Mitglieder des Konvois zu Fuß, andere mussten sich vor den Bewaffneten verstecken, bevor sie gerettet werden konnten. Zwischen November 2009 und September 2010 wurde San Juan Copala von bewaffneten Mitgliedern der Indigenengruppierung UBISORT belagert, die Verbindungen zu Oaxacas damaliger Regierungspartei PRI hatte. Zahlreiche Einwohner_innen wurden in dieser Zeit getötet und verletzt, ohne dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen wurden. Den Behörden ist es nicht gelungen, diese Verbrechen zu verhindern oder zu sanktionieren, sie haben die Bewohner_innen von San Juan Copala schutzlos ihrem Schicksal überlassen und hingenommen, dass das Dorf monatelang von grundlegender Versorgung abgeschnitten war.

EINSATZ FÜR FRAUENRECHTE. Bety Cariño war Leiterin der Organisation CACTUS in Huajuapán de León im Bundesstaat Oaxaca. Sie veranstaltete Workshops zum Thema Frauenrechte in indigenen Gemeinschaften und unterstützte viele Frauen bei der Errichtung von Radiostationen in ihren Gemeinden. Sie hatte sich auch für die Ermittlung und Strafverfolgung im Fall der zwei ermordeten Radiojournalistinnen Felicitas Martínez und Teresa Bautista in San Juan Copala im Jahr 2008 eingesetzt. Jyri Jaakkola war Mitglied der finnischen Organisation Uusi Tuuli und setzte sich in Finnland und anderen Ländern gegen den Klimawandel und für den fairen Handel und Ernährungssicherheit ein. Er recherchierte im Bundesstaat Oaxaca zum Thema nachhaltige Landwirtschaft nach den Methoden der indigenen Gemeinschaft. Seine Rechercheergebnisse und Erfahrungen veröffentlichte er in einem Blog. Im September 2012 stellte ein Richter Haftbefehle gegen 14 Personen aus, die verdächtigt wurden, an der Tötung von Bety Cariño und Jyri Jaakkola beteiligt gewesen zu sein. Zwei Verdächtige wurden daraufhin festgenom-

men, einer war verstorben. Elf Verdächtige bleiben weiter auf freiem Fuß. Den Zeug_innen und Überlebenden der Angriffe wurden seitens staatlicher und bundesstaatlicher Behörden bereits mehrfach effektive Schutzmaßnahmen zugesagt, die Umsetzung dieser Maßnahmen ist bis heute allerdings unzureichend.

Bewaffnete Gruppierungen können seit vielen Jahren ohne Angst vor Strafverfolgung im indigenen Triqui-Gebiet im Bundesstaat Oaxaca operieren. Sie nutzen Streitigkeiten zwischen den Gemeinden aus und versuchen, politische Kontrolle über das Gebiet zu erlangen. Die Region der Triqui ist eine der ärmsten ganz Mexikos. Dies hat zu Massenauswanderung vieler Bevölkerungsgruppen und zu politischen Konflikten geführt. Mehrere aufeinanderfolgende Regierungen des Bundesstaates haben die Not des Großteils der Bevölkerung ignoriert.

REGIERUNG UNTERSTÜTZT BEWAFFNETE GRUPPEN.

Örtliche Menschenrechtsorganisationen haben die von 2004 bis 2010 amtierende Regierung des Bundesstaates beschuldigt, Streitigkeiten zwischen den indigenen Gemeinden für ihre Zwecke auszunutzen und den bewaffneten Gruppierungen Straffreiheit für ihr Handeln zu gewähren. Lokale und bundesstaatliche Beam_t_innen werden verdächtigt, diese Gruppen finanziert, ihr Handeln toleriert und in einigen Fällen aktiv unterstützt zu haben. Die Region ist ein nahezu rechtsfreier Raum und so gut wie niemand ist für begangene Verbrechen zur Rechenschaft gezogen worden.

Die Bevölkerung steht den Angriffen und der Kontrolle der bewaffneten Gruppierungen schutzlos gegenüber. Die amtierende Regierung des Bundesstaates, die seit Dezember 2010 im Amt ist, hat versprochen, sich den Problemen in der Region anzunehmen, bislang ist diesbezüglich allerdings sehr wenig geschehen.

WERDEN SIE AKTIV!

Bitte schicken Sie den Appellbrief bis Mitte März ab und fordern Sie Schutz für die bedrohten Zeuginnen.

IRAK DER HÖLLE ENTKOMMEN

Folter und Sex-Sklaverei in Gefangenschaft der IS: Mädchen und Frauen werden von den Kämpfern des sogenannten Islamischen Staates verschleppt, vergewaltigt und verkauft.

Kämpfer des „Islamischen Staates“ streifen durch weite Teile Nordiraks und verschleppen von dort tausende Mitglieder nicht muslimischer oder auch nicht sunnitischer Glaubensrichtungen. Dabei fällt das besonders brutale Vorgehen gegen die Religionsgemeinschaft der Jesiden auf.

Im August 2014 entführten IS-Krieger tausende Jesid_innen. Die Männer wurden entweder sofort hingerichtet oder unter Androhung des Todes gezwungen, zum Islam zu konvertieren. Junge Frauen und Mädchen, manche von ihnen noch nicht einmal 12 Jahre alt, wurden von ihren Verwandten getrennt und verkauft. Diese Mädchen wurden dann an IS Krieger oder deren Unterstützer verschenkt bzw. mit diesen verheiratet.

Viele von ihnen wurden gefoltert, misshandelt und vergewaltigt und schließlich ebenfalls gezwungen zum Islam zu konvertieren.

RANDA, 16 JAHRE, ERZÄHLT: „Ich wurde nach Mosul gebracht und dort festgehalten. Ich war im sogenannten Hauptquartier. Wir waren ungefähr 150 Mädchen und fünf Frauen. Ein Mann, genannt Salwan, holte mich von dort und brachte mich zu einem abgelegenen Haus. Ich wehrte mich, und er schlug mich. Er zwang mich seine Frau zu werden. Ich wollte das nicht und habe versucht mich zu wehren, aber er schlug mich wieder. Meine Nase blutete und ich konnte nichts tun, um ihn zu stoppen.“

Die Frauen werden in Syrien und Teilen Iraks festgehalten. Damit sie nicht gefunden werden können, wird der Standort immer wieder gewechselt. Der psychische Druck ist immens, immer wieder kommen Männer, um die Mädchen abzuholen. Keine weiß, wann sie an der Reihe ist.

Fast alle Überlebenden berichten von Folter und Vergewaltigung. Wer das Glück hatte zu fliehen, macht sich noch immer Sorgen um Verwandte und Familienangehörige, die sich noch in der Gewalt der IS-Kämpfer befinden. Die Betroffenen werden an unbekannte Män-

ner verheiratet, die meist doppelt so alt sind wie sie selbst, an Kämpfer und Soldaten, aber auch an Händler und Geschäftsleute, die der IS nützlich sind. Meist Iraker und Syrier die ihre „Beute“ dann zu ihren Familien bringen, damit diese dann mit ihnen lebt. Die Familien der Entführer sind oft entsetzt und voller Mitgefühl für die Mädchen, doch auch sie können ihnen nicht helfen. Sie trauen sich nicht gegen das System des Islamischen Staates aufzubegehren. „Seine Frau war sehr nett zu uns und hatte Mitleid mit uns. Sie weinte mit uns und wollte uns helfen, aber sie konnte nicht“ erzählt eine Überlebende.

Als einziger Ausweg bleibt den Mädchen oft nur der Selbstmord. Immer wieder wurde Amnesty International davon berichtet. Die Mädchen, insbesondere die jungen und hübschen, machten ihrem Leben ein Ende, um ihre Ehre zu behalten und sich den systematischen Vergewaltigungen zu entziehen. Ein Schwesternpaar half sich gegenseitig, um sich mit ihren Schals zu erhängen. Sie wurden jedoch von einer anderen Frau rechtzeitig gerettet.

AUF DIE GEWALT FOLGT DIE „SCHANDE“. Aber auch nach der Flucht geht der Leidensweg der Frauen weiter. Die jesidische Religion verbietet vorheilige Sexualbeziehungen ebenso wie Beziehungen zu einem Partner, der eine andere Religion ausübt. In solchen Fällen fallen in die Frauen in Schande, ihnen droht der Ehrenmord. Das macht es äußerst schwierig für die Verschleppten, einen passenden Ehemann zu finden, auch wenn jesidische Religionsführer immer wieder dazu aufrufen, die Mädchen nicht zu verurteilen, sondern ihnen als Opfer des IS jede nötige Unterstützung zukommen zu lassen.

Die Überlebenden wohnen nach ihrer Rückkehr oft bei entfernten Verwandten, da die Kernfamilie meist tot oder ebenfalls verschleppt ist. Für diese Familien, die oft selbst ums Überleben kämpfen, ist es nicht einfach, noch eine

Den englischen Bericht „ESCAPE FROM HELL. TORTURE AND SEXUAL SLAVERY IN ISLAMIC STATE CAPTIVITY IN IRAQ“ finden Sie auf www.amnesty.org unter Library

Person zu ernähren. Eine passende Ehe wäre in den überwiegend ländlichen Gebieten der einzige Ausweg.

Aus Scham und aus Angst vor der Stigmatisierung verschweigen viele Mädchen, dass sie Opfer von sexueller Gewalt wurden, insbesondere in ihrem unmittelbaren Umfeld. Dadurch haben sie aber auch keinen Zugang zu medizinischen und psychologischen Hilfseinrichtungen, welche die kurdische Regierung oder ausländische Hilfsorganisationen bieten. Diese sind ohnehin zu wenig und für die meisten Frauen aufgrund der Entfernung nicht erreichbar.

„DER IS HAT MEIN LEBEN ZERSTÖRT“. Die Auswirkungen des Traumas sind vielfältig. Neben den möglichen körperlichen Folgen drohen Depressionen, Schlafstörungen und Angstzustände. Auch nach ihrer erfolgreichen Flucht begehen Mädchen Selbstmord, da sie keine Möglichkeit sehen, mit dem Erlebten umzugehen. Es gibt zu wenig Hilfsangebote. Im Gegenteil: auf die Frauen wird oft erheblicher Druck ausgeübt, damit diese mit nationalen und internationalen Journalist_innen sprechen. Alle möchten ein Interview mit einer Überlebenden. Oft fühlen sich die Mädchen verpflichtet, aus Dankbarkeit der Familie gegenüber, die sie aufgenommen hat, ein Interview zu geben, manchmal geschieht es aber auch mit List. Eine Frau erzählte, ihr wurde gesagt, sie würde medizinische Hilfe wegen ihrer Panikattacken erhalten, aber als sie den Raum betrat, befand sich darin nur ein Fernseherteam.

„Die Angst vor den Verbrechen, die der IS an den Frauen und Kinder begehen könnte, ist viel größer als die Angst davor, von der IS getötet zu werden“, so ein jesidischer Vater. Der IS streitet die Verbrechen nicht ab. Es ist Teil ihrer Strategie, Angst und Schrecken zu verbreiten und potenzielle Gegner einzuschüchtern. Der IS verkündet in seinen Publikationen, dass Frauen von nicht muslimischen Einwohnern versklavt werden dürfen und sie mit Billigung der Scharia als Konkubinen gehalten werden dürfen.

Nach international geltendem Recht handelt es



sich hier allerdings um systematische Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Amnesty International fordert daher alle beteiligten Gruppen, insbesondere die bewaffnete Gruppe des IS auf, sich an international geltendes Recht zu halten und Zivilpersonen zu schützen.

Folter, Misshandlung, Vergewaltigung und andere Formen der sexuellen Gewalt sind ebenso wie Konversionen gegen den Willen der Betroffenen Kriegsverbrechen und gehören unter Anklage gestellt. Es ist die Pflicht der geistlichen und militärischen Führer, diese Verbrechen zu verhindern und die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen.

Des Weiteren fordert Amnesty International die sofortige Errichtung von medizinischen und psycho-sozialen Hilfseinrichtungen, die den überlebenden Frauen Unterstützung in allen Lebensbereichen zukommen lassen. Diese sollen in ausreichender Zahl, in der Muttersprache der Betroffenen und für alle Frauen erreichbar sein. Diese Einrichtungen außerdem sollen eine sofortige medizinische Versorgung und Untersuchung der Opfer sicherstellen. Sie sollten Tests und Behandlung aller sexuell übertragbaren Krankheiten wie z.B. HIV anbieten, ebenso wie die Möglichkeit eines sicheren und legalen Schwangerschaftsabbruches. Darüber hinaus fordert Amnesty International für die Überlebenden, neben finanzieller Unterstützung, die Schaffung adäquater Wohnmöglichkeiten sowie Hilfsangebote zur Berufs- und Schulausbildung, ebenso wie Möglichkeiten zur Integration in den Arbeitsmarkt.

Ein jesidisches Mädchen, das von IS-Kämpfern missbraucht wurde und entkam, im kurdischen Lager Khakhe im Irak

TÄTIGKEITSBERICHT 2014

DANKE FÜR IHR INTERESSE UND IHRE HILFE!

Liebe Leser_innen, liebe Spender_innen, liebe Unterstützer_innen!



Beim Flüchtlingstag (oben), mit ORF-Reporter Karim El Gawhary nach der Lesung „Frauenpower auf Arabisch“ (Mitte), Straßenaktion gegen Müttersterblichkeit der Plattform Mutternacht (unten)



Mit unserem Tätigkeitsbericht 2014 informieren wir Sie über die Arbeit des Netzwerks Frauenrechte und legen über das letzte Jahr Rechenschaft ab. Das ermöglicht es Ihnen, zu sehen, was mit den Fördergeldern passiert.

Unsere Arbeit ist nur durch Ihre Hilfe in Form von Spenden, Mitarbeit und Unterstützung bei Aktionen und Appellbriefen möglich. Dafür bedanken wir uns herzlich.

UNSERE AKTIVIST_INNEN. Das Netzwerk Frauenrechte besteht aus etwa 25 Aktivist_innen der verschiedensten Altersgruppen. Die unterschiedlichen beruflichen Hintergründe, Herkunftsländer, Erfahrungen und Interessen bereichern unsere Arbeit. Die Vielfältigkeit des Themas Frauenrechte ermöglicht es uns, je nach Fähigkeiten und Interessen im Netzwerk mitzuarbeiten. Bei Interesse an der Mitarbeit in unserem Netzwerk schicken Sie einfach ein Email an frauenrechte@amnesty.at. Wir laden Sie dann zu unserem nächsten Gruppentreffen ein, wo Sie mehr über unsere Arbeit erfahren können.

UNSERE ARBEIT. Wir treffen uns etwa alle drei Wochen in Wien, um unsere Aufgaben abzusprechen und zu organisieren. Wir bereiten Material auf, behandeln Länder- und Themenberichte und erstellen und versenden Apellfälle. Wir besuchen Veranstaltungen, sammeln Unterschriften, betreuen Infotische und organisieren selbst

Veranstaltungen und Aktionen. Wir nehmen teil an nationalen und internationalen Netzwerken, die sich mit (bestimmten) Frauenrechtsthemen (z.B. Müttersterblichkeit) beschäftigen. Innerhalb von Amnesty arbeiten wir mit anderen Gruppen zusammen und übermitteln die-

sen unser Infomaterial.

UNSERE MEDIEN. Vier Mal im Jahr verschicken wir unsere Zeitschrift AKTIVISTIN. Dazu kommen E-Mailaussendungen, in denen wir um Unterstützung bei Apellfällen ersuchen, zu unterschiedlichen Themen informieren und auf Veranstaltungen hinweisen.

Um möglichst viele Menschen zu erreichen, ist es wichtig einen Auftritt im Internet und den Sozialen Medien zu haben. Im Internet finden Sie uns unter <http://frauenrechte.amnesty.at>. Neben Facebook sind wir seit 2014 auch auf Twitter und haben einen eigenen You Tube-Kanal.

UNSERE FINANZEN. Amnesty International ist unabhängig und nimmt keine staatlichen Subventionen oder Spenden von Parteien an. Die Finanzierung erfolgt ausschließlich über Spenden, die es uns ermöglichen, unsere Unabhängigkeit zu bewahren. Mit den Spendengeldern decken wir unseren Verwaltungsaufwand ab. Dazu zählen insbesondere Kosten, die im Zusammenhang mit Veranstaltungen entstehen sowie Versandkosten, die beim Verschicken von Apellbriefen und der AKTIVISTIN anfallen. In Gesprächen mit Menschenrechtsaktivist_innen aus dem Ausland sahen wir, wie schwierig deren Arbeit ist. Daher freut es uns, dass wir den Verwaltungsaufwand letztes Jahr wieder so gering halten konnten, dass es möglich war, Einrichtungen, die sich für Frauen einsetzen, zu unterstützen. Besonders am Herzen liegt uns seit Jahren das Frauenhaus Panah in Karachi. Unterstützt wurde auch die österreichische Initiative „Aktion Regen“.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung 2014! Wir bedanken uns schon im Vorhinein für Ihren Einsatz im Jahr 2015, mit dem Sie helfen, die Rechte von Frauen und Mädchen zu verteidigen!

AKTIONEN + THEMEN 2014

ÖFFENTLICHKEITSAKTIONEN, VERANSTALTUNGEN & INFOSTÄNDE

(vom NW Frauenrechte organisiert oder unterstützt)

- 14. 2.: Amnesty bei One Billion Rising am Valentinstag
- 8. 3. Beim „Offenen Rathaus“ für Frauen und Mädchen
- 13.3.: Kooperationspartnerin der FrauenFilmTage mit „Camera /Woman“
- 29. 3.: Solidaritätsfotoaktion für Frauen in Nepal
- S.O.S. Europa: Schütze Menschen vor Grenzen
- 30. 4.: Beim Thementag Migration und Asyl in der VHS Ottakring
- 6. 5.: Aktion zu Aserbaidzhan
- 5./6. 5.: Straßenaktionen & Film zu „Mutternacht“
- 2. 6.: Beim „Hurentag“ von LEFÖ
- 3. 6.: Frauenpower auf Arabisch: Lesung und Ausstellung
- 20. 6.: Beim „Picknick unter dem Schirm“ am Flüchtlingstag
- 26. 6.: S.O.S. Europa: Freiluft-Lesung von Flüchtlingsgeschichten
- 4. 7.: Solidarität mit den Menschenrechtsaktivist_innen im Iran
- 1.- 17. 8.: Afrika Tage Wien 2014
- 25. 9.: Gegen das Totalverbot von Schwangerschaftsabbruch in El Salvador
- 11.10.: Aktion der Region Wien/NÖ zu Stop Folter
- 25. 10.: Solidarität mit Frauen im Iran
- 30. 10.: Aktion zur Bewusstseinsbildung gegen Menschenhandel
- 25. 11.: Fest & Menschenrechtsvortrag von Irina Sherbakova /25 Jahre NW Frauenrechte
- 25. 11. - 10. 12.: Online-Kampagne „Hands of Hope!“ Briefmarathon
- 1. 12.: Poetry Slam zum Thema „Brot & Rosen“
- 1mal mtl: Solidarität mit den Trauernden Müttern im Iran

APPELLFÄLLE

- Afghanistan:** VERGEWALTIGTE ZEHNJÄHRIGE VON „EHRENMORD“ BEDROHT
- Ägypten:** SEXUELLE BELÄSTIGUNG VON FRAUEN BEENDEN
DREI FRIEDLICH DEMONSTRIERENDE STUDENTINNEN VERURTEILT
- Algerien / Marokko / Tunesien:** BESSERER SCHUTZ VOR SEXUELLER GEWALT
- China:** NACH HERZINFARKT BEHANDLUNG VERWEIGERT
- Dominikanische Republik:** FRAUENRECHTE IN GEFAHR
- El Salvador:** AM RANDE DES TODES – GEGEN DAS TOTALVERBOT VON SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH
- Europa:** S.O.S. EUROPA: SICHERUNG DER GRENZEN WICHTIGER ALS RETTUNG VON LEBEN
- Haiti:** FRAUENRECHTSAKTIVISTINNEN BEDROHT

- Honduras:** MENSCHENRECHTSVERTEIDIGERIN DINA MEZA ERNEUT IN GEFAHR
- Hong Kong:** BEENDET DIE MODERNE SKLAVEREI
- Indonesien:** VERGEWALTIGTER FRAU DROHT DIE PRÜGELSTRAFE
EINVERNEHMLICHER SEX SOLL MIT PRÜGELSTRAFE GEAHNDET WERDEN
- Iran:** EINGESCHÜCHTERT, AUSGESCHLOSSEN, VERHAFTET – STUDIERENDE UNTER DRUCK
STUDENTIN IN HAFT
STUDENTIN ZU SIEBEN JAHREN HAFT VERURTEILT
KURDIN IN HAFT MISSHANDELT
JUGENDLICHER STRAFTÄTERIN DROHT HINRICHTUNG
JOURNALISTIN OHNE KONTAKT ZU AUSSENWELT IN HAFT
IN HAFT, WEIL SIE VOLLEYBALLSPIEL SEHEN WOLLTE
- Kamerun / Deutschland:** AMNESTY-PREIS FÜR ANWÄLTIN ALICE NKOM + APPELL FÜR DIE RECHTE VON HOMOSEXUELLEN
- Katar:** „BEHANDELT UNS ALS MENSCHEN!“ – MODERNE SKLAVEREI FÜR AUSLÄNDISCHE ARBEITSKRÄFTE
- Kolumbien:** LANDRECHTSAKTIVISTINNEN BEDROHT
- Marokko/Westsahara:** VERGEWALTIGTER BESTRAFEN UND FRAUEN VOR GEWALT SCHÜTZEN
- Mauretanien:** FRAUENRECHTSAKTIVISTIN IN LEBENSGEFAHR
- Mexiko:** SOLIDARITÄT MIT BÁRBARA ITALIA MÉNDEZ VERKÄUFERIN GEFOLTERT, ZU GESTÄNDNIS GEZWUNGEN
- Mosambik:** LEICHTE VERBESSERUNGEN IM STRAFGESETZ ABER WEITERE RECHTLICHE ÄNDERUNGEN ERFORDERLICH
- Nepal:** UNZUMUTBARE LEBENSBEDINGUNGEN FÜR FRAUEN
- Peru:** ZWANGSSTERILISIERTE INDIGENE FRAUEN FINDEN KEINE GERECHTIGKEIT
- Saudi-Arabien:** FRAUENRECHTSAKTIVISTIN INHAFTIERT
- Spanien:** FRAUENRECHTE IN GEFAHR
- Südafrika:** HUNDERTE SCHWANGERE STERBEN EINEN VERMEIDBAREN TOD
- Sudan:** DROHENDE AUSPEITSCHUNG UND TODESSTRAFE
- Syrien:** AKTIVISTIN IN FOLTERGEFAHR
- Türkei:** SYRISCHE FLÜCHTLINGE MÜSSEN MEDIZINISCH VERSORGT WERDEN
- Uganda:** LGBTI-FEINDLICHES GESETZ PASSIERT PARLAMENT
- Briefe** für viele weitere URGENT ACTIONS in der Gruppe

TÄTIGKEITSBERICHT 2014. DANKE

BERICHTE / INFORMATIONEN

BRIEFMARATHON 2014

16 TAGE GEGEN GEWALT AN FRAUEN

Afghanistan: „DEMOKRATIE IST DER GRÖSSTE ERFOLG FÜR FRAUEN.“**Afghanistan / USA:** KEINE GERECHTIGKEIT FÜR DEN TOD VON TAUSENDEN ZIVILIST_INNEN**Afrika / Österreich:** AKTION REGEN: WISSEN VERMITTELN HEISST FREIHEIT WEITERGEBEN**Ägypten:** MASSENVERFAHREN GEGEN PROTESTIERENDE**Brasilien** MUSS FRIEDLICHE DEMONSTRATIONEN ZULASSEN**Europa:** EIN MEILENSTEIN FÜR DEN SCHUTZ VON FRAUEN – DIE ISTANBUL-KONVENTION
ZUNEHMENDE GEWALT AN ROMA IN EUROPA
SCHOCKIERENDE NEUE STUDIE ZU GEWALT AN FRAUEN**International:** WELTWEITE AMNESTY-KAMPAGNE: MEIN KÖRPER.MEINE RECHTE
REGIERUNGEN VERPFLICHTEN SICH ZUR GEWÄHRLEISTUNG REPRODUKTIVER RECHTE
FRIEDENSNOBELPREIS FÜR MALALA YOUSAFZAI**Iran:** REYHANEH JABBARI HINGERICHTET
PROTEST DER ANWÄLTIN NASRIN SOTOUDEH
SÄUREATTENTATE AUF FRAUEN IN ISFAHAN
SCHIKANEN GEGEN STUDIERENDE FRAUEN
40 MENSCHEN IN ZWEI WOCHEN GEHÄNGT
TODESSTRAFE: DEUTLICH MEHR HINRICHTUNGEN IM IRAN UND IRAK**Katar:** MASSNAHMEN GEGEN AUSBEUTUNG VON ARBEITSMIGRANT_INNEN „ERBÄRMLICH“**Marokko:** DOKUMENTARFILMERIN KARIMA ZOUBIR - DAS LAND VERÄNDERT SICH**Mexiko:** FOLTER WEIT VERBREITET, TÄTER BLEIBEN UNGESTRAFT**Nepal:** FRAUEN SIND NICHTS WERT**Nigeria:** WARNUNGEN VOR DER ENTFÜHRUNG VON 240 MÄDCHEN IGNORIERT**Philippinen:** OBERSTER RICHTSHOF STÄRKT GESETZ FÜR REPRODUKTIVE RECHTE**Tunesien:** PETITIONSÜBERGABE AN POLITIKER_INNEN**USA:** LEBENDIG BEGRABEN: IN ISOLATIONSHAFT**Somalia:** SEXUELLE GEWALT - EINE STÄNDIGE GEFAHR FÜR VERTRIEBENE MÄDCHEN UND FRAUEN**Süd-Korea:** ZWANGSARBEIT VON MIGRANT_INNEN IN DER LANDWIRTSCHAFT**Westeuropa:** DER STAAT ENTSCHEIDET, WER ICH BIN**Zentralafrika:** AMNESTY-BERICHT KRITISIERT ETHNISCHE SÄUBERUNGEN**Konferenz zu Menschenhandel:** SEXARBEITERINNEN SIND NICHT IMMER OPFER**Erfahrungsbericht:** SECHS MONATE IM EINSATZ FÜR

FRAUENRECHTE UNTERWEGS

25 Jahre Netzwerk Frauenrechte: FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

Tätigkeitsbericht 2013

ERFOLGE / GUTE NACHRICHTEN

Afghanistan: PRÄSIDENT KARZAI BLOCKIERT RÜCKSCHRITTLICHES GESETZ
VERGEWALTIGTE 10-JÄHRIGE ERHÄLT SCHUTZ**Bahrain:** AKTIVISTIN ZAINAB AL-KHAWAJA FREI**Chile** VERSPRICHT, DAS TOTALVERBOT VON SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH ZU LOCKERN**China:** LIU XIA WIRD ENDLICH MEDIZINISCH VERSORGT**Dominikanische Republik:** ABSOLUTES VERBOT VON SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH VERHINDERT**International:** FRAUENSTATUSKOMMISSION: FRAUEN SIND AKTEURINNEN DER ENTWICKLUNG**Iran:** HAFTSTRAFE FÜR STUDENTIN VERKÜRZT UND AUF BEWÄHRUNG AUSGESETZT
GHONCHEH GHAVAMI IST FREI**Kambodscha:** YORM BOPHA FREIGELASSEN**Marokko/Westsahara:** VERGEWALTIGER WERDEN AB JETZT BESTRAFT**Philippinen:** ARBEITSMIGRANTIN WIEDER FREI**Russland:** VERFAHREN WEGEN LGBTI-ENGAGEMENT WIRD EINGESTELLT**Sudan:** MERIAM YEHYA IBRAHIM NACH INTERNATIONALEM DRUCK IN FREIHEIT**Syrien:** YARA FARIS IST FREI**Tschechien:** VERFAHREN GEGEN DISKRIMINIERENDE EINSCHULUNGSPRAXIS VON ROMAKINDERN**Uganda:** ANTI-HOMOSEXUALITÄTS-GESETZ FÜR UNGÜLTIG ERKLÄRT**USA:** EX-SOLDATIN IN FREIHEIT

AUSSERDEM

Betreiben der Website <http://frauenrechte.amnesty.at>
Facebook NW FR – 700 Likes / Facebook zum Iran: Hinter Gittern – 190 Likes / Twitter AIFrauenrechte – 430 Follower / Monatliche E-Mailaussendung an ca. 900 Adressen / 4 Ausgaben AKTIVISTIN - Auflage ca. 1400 / Material + Sammelbriefe für Gruppen aufbereitet / Mitarbeit in der Projektgruppe Flucht und Migration / Unterstützung des Regionalteams / Besuch von Vorträgen und Workshops der Amnesty Academy und von Frauenorganisationen / Mitarbeit im Arbeitskreis Vielfalt und Gender / Kooperationen mit anderen Amnesty-Gruppen, Frauen-NGOs (Mutternacht, Klappe auf), mit iranischer Community / mit deutscher Frauengruppe und Schweizer Frauenrechtskoordinatorin / Mitarbeit im IWHRN (Internationalen Frauennetzwerk von Amnesty) / Teilnahme an der Amnesty-Menschenrechtstagung und an der Mitgliederversammlung

Botschaft der Demokratischen
Volksrepublik Korea
Glinkastraße 5- 7
10117 Berlin
Deutschland

Fax: +49 30 22 65 19 29

KIM JONG-UN
Oberster Führer der Demokratischen Volksrepublik Korea
Oberster Befehlshaber der Koreanischen Volksarmee
Erster Sekretär der Partei der Arbeit Koreas

Exzellenz,

Ich bin sehr beunruhigt über die menschenrechtliche Entwicklung in der Demokratischen Volksrepublik Korea.

Auf Grundlage der Empfehlungen des UN-Menschenrechtsrates fordere ich Sie hiemit auf, sofort alle politischen Straflager zu schließen. Alle politischen Gefangenen und deren mitinhaftierte Familienmitglieder sind freizulassen.

Alle anderen Strafgefangenen sollen einen fairen Prozess erhalten, der international nachvollziehbaren Bedingungen entspricht, oder freigelassen werden.

Die UN-Sonderberichterstatter_innen für die Menschenrechtssituation in Nordkorea und Amnesty International müssen endlich Zutritt zum Land erhalten.

Hochachtungsvoll,

Amnesty International Österreich
Moeringgasse 10
1150 Wien

Bitte schicken Sie das unterschriebene Manifest an Amnesty Österreich.

Die Aktion läuft das ganze Jahr 2015.

Ayatollah Sayed 'Ali Khamenei
The Office of the Supreme Leader
Islamic Republic Street – End of Shahid Keshvar
Doust Street
Tehran
Iran

Your Excellency:

I urge you to order the immediate and unconditional release of prisoner of conscience **Bahareh Hedayat**, an activist with the women's rights organization „The Campaign for Equality“ and a member of the „Central Committee of the Office for the Consolidation of Unity“, a national student body which has been active in calling for political reform and opposing human rights violations in recent years. She is currently serving a ten-year prison sentence in Evin Prison.

Furthermore, she has already served over half of her prison sentence, and is therefore eligible under Iranian law to be paroled, so that she can receive medical attention for the numerous medical problems from which she has suffered due to the harsh prison conditions.

Respectfully,

Exzellenz,

Ich bitte Sie dringend, die sofortige und bedingungslose Freilassung von Bahareh Hedayat anzuordnen. Sie ist ein Aktivistin der Frauenrechtsorganisation „Kampagne für Gleichberechtigung“ und Mitglied einer nationalen Studierendenorganisation, die sich in den letzten Jahren für politische Reformen und gegen Menschenrechtsverletzungen einsetzte.

Bahareh Hedayat verbüßt derzeit eine zehnjährige Haftstrafe im Evin-Gefängnis und hat bereits mehr als die Hälfte ihrer Strafe hinter sich. Daher hat sie nach iranischem Recht Anspruch darauf, auf Bewährung entlassen zu werden, damit sie medizinische Behandlung für die zahlreichen gesundheitlichen Probleme, die sie aufgrund der harten Haftbedingungen erlitten hat, zu erhalten.

Hochachtungsvoll

Lic. Gabino Cué Monteagudo
Gobernador del Estado Oaxaca
Plaza de la Constitución, Centro Histórico
Oaxaca de Juárez
Oaxaca C.P. 68000
MEXIKO

Fax: (00 52) 951 501 8100 - 40068

Estimado Gobernador:

Insto a las autoridades federales y estatales a brindar protección efectiva y completa a estas dos mujeres y a todos los testigos del caso del homicidio de Bety Cariño y Jyri Jaakkola, de estricta conformidad con los deseos de las personas afectadas, y cumpliendo plenamente la legislación local sobre protección de testigos.

Pido a las autoridades que se lleve a cabo una investigación exhaustiva, inmediata e imparcial sobre el acoso a las testigos, y que los responsables rindan cuentas de sus actos.

Ademas pido una investigación exhaustiva sobre el homicidio de Bety Cariño y Jyri Jaakkola, así como sobre los homicidios, cometidos en los últimos años, de muchas otras personas de San Juan Copala, y que se incluyan en dicha investigación los aparentes vínculos entre bandas armadas y autoridades municipales y estatales; pido también que los responsables comparezcan ante la justicia.

Atentamente,

Sehr geehrter Herr Gouverneur,

Ergreifen Sie bitte unverzüglich entsprechend der lokalen Zeugenschutzgesetze und in Absprache mit den Zeuginnen des Mordes an Bety Cariño und Jyri Jaakkola und allen weiteren Betroffenen umfassende und wirksame Maßnahmen zu ihrem Schutz.

Führen Sie umgehend eine umfassende und unabhängige Untersuchung der Bedrohung von Zeug_innen durch und stellen Sie die Verantwortlichen vor Gericht.

Führen Sie eine vollständige Untersuchung des Morde an Bety Cariño und Jyri Jaakkola sowie der Tötung vieler weiterer Bewohner_innen von San Juan Copala in den letzten Jahren durch.

Untersuchen Sie ebenfalls die Verbindungen der bewaffneten Gruppierungen zu lokalen und bundesstaatlichen Behörden und stellen Sie alle Verantwortlichen vor Gericht.

Hochachtungsvoll,

ERFOLGE

FREIGESPROCHEN, FREIGELASSEN, BEGNADIGT...

MEXIKO: CLAUDIA MEDINA FREIGESPROCHEN. Gute Nachrichten für Claudia Medina in Mexiko: Claudia Medina, für die wir über 300.000 Unterschriften in 117 Ländern sammeln konnten, ist von allen Anklagepunkten freigesprochen worden! Die Forderung nach einer



Untersuchung der Foltervorwürfe bleibt dennoch bestehen.

Die Mexikanerin war von Marinesoldaten gefoltert und eines Verbrechens angeklagt worden, das sie nie begangen hat. Ihr Freispruch ist ein großer Erfolg,

der uns motiviert weiterzumachen. Ein herzliches Danke an alle, die Claudia unterstützt haben. Allein in Österreich konnten wir beinahe 8000 Unterschriften für Claudia sammeln.

SAUDI ARABIEN: FRAUENRECHTLERIN FREIGELASSEN.

Souad al-Shammari, eine bekannte saudi-arabische Frauenrechtlerin, wurde am 29. Januar aus dem Gefängnis entlassen. Am selben Tag hatte der neue König, Salman bin Abdulaziz Al Saud, einige Gefangene begnadigt. Es ist jedoch derzeit nicht bekannt, ob Souad al-Shammari in diesem Zusammenhang freikam. Ihrer Tochter zufolge musste Souad al-Shammari ein Dokument unterzeichnen, in dem sie versicherte, ihr frauenrechtliches Engagement zu stoppen bzw. zu reduzieren.

DOMINIKANISCHE REPUBLIK: ABSOLUTES VERBOT VON SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH ABGEWENDET.

Der Präsident der Dominikanischen Republik verkündete am 19. Dezember das neue Strafgesetzbuch. Zuvor hatte die Abgeordnetenkammer die Anmerkungen des Präsidenten zum Reformentwurf angenommen und damit Schwangerschaftsabbrüche unter bestimmten Umständen entkriminalisiert.

Am 16. Dezember nahm die Abgeordnetenkammer (das Unterhaus des dominikanischen Kongresses) die Anmerkungen des dominika-

nischen Präsidenten Danilo Medina zu dem Reformentwurf des Strafgesetzbuches an. Der Präsident hatte sich dafür ausgesprochen, im Strafgesetzbuch ausdrücklich bestimmte Umstände festzulegen, in denen Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisiert werden sollen und zwar, wenn die Schwangerschaft eine Gefahr für das Leben der Frau oder des Mädchens darstellt, wenn der Fötus außerhalb des Mutterleibes nicht überleben wird und in Fällen, in denen die Schwangerschaft eine Folge von Vergewaltigung oder Inzest ist.

Die Entscheidung der Abgeordnetenkammer stieß in der Zivilgesellschaft und bei lokalen Frauenrechtsgruppen auf breite Zustimmung. Kritik kam aus den Reihen der katholischen Kirche und evangelikalen Kirchen, die zuletzt verstärkt Druck auf die Abgeordnetenkammer ausgeübt hatten, das absolute Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen gesetzlich aufrechtzuerhalten.

EL SALVADOR: BEGNADIGT. Guadalupe, eine der 17 Frauen, die in El Salvador nach Fehlgeburten wegen Schwangerschaftsabbruchs zu Haftstrafen verurteilt wurden, ist von der gesetzgebenden Versammlung mit knapper Mehrheit begnadigt worden und inzwischen in Freiheit.

Am 21. Januar stimmte die gesetzgebende Versammlung in einer erneuten Abstimmung mit 43 von 84 Stimmen für die Begnadigung von Guadalupe. In der ersten Abstimmung am 16. Januar war die Begnadigung noch abgelehnt worden. Guadalupe wurde 2007 als 18-Jährige zu 30 Jahren Haft verurteilt, nachdem sie eine Fehlgeburt erlitten hatte. Ihr wurde die vorsätzliche Beendigung der Schwangerschaft vorgeworfen, und sie wurde wegen Mordes angeklagt. Schwangerschaftsabbruch ist in El Salvador unter allen Umständen verboten und strafbar.

**DANKE ALLEN,
DIE SICH AN DEN
AKTIONEN
BETEILIGTEN!**



Guadalupe mit ihren Anwält_innen. Auf dem Transparent ist zu lesen: Euer aller Unterstützung war wertvoll für meine Freiheit.

© Agrupacion Ciudadana por la Despenalizacion del Aborto

AMNESTY ACADEMY: „...EH ALLE GEMEINT?“

Ob Binnen-I, gender_gap oder die Verwendung beider Geschlechter: Geschlechtergerechte Sprache führt im deutschsprachigen Raum immer wieder zu kontroversen Diskussionen. Je nach Standpunkt und Funktionalität erscheinen manche Formen kaum praktikabel, andere stilistisch mangelhaft oder zu (wenig) politisch.

Im Rahmen dieses Seminars entwickeln die Teilnehmer_innen ihre individuellen Strategien, mit gendergerechter Sprache privat und beruflich umzugehen. Durch Erläuterungen, konkrete Interventionsformen, Beispiele, sowie Übungen werden neue Denk- und Handlungsräume eröffnet.

TeilnehmerInnenanzahl: 8-18 Personen

Teilnahmebeitrag: € 49,-

für Amnesty-Mitglieder € 40,-

Falls der volle Teilnahmebetrag nicht für Sie finanzierbar ist – setzen Sie sich bitte mit uns

in Verbindung. Wir vereinbaren einen für Sie finanzierbaren Betrag.

TrainerInnen:

Dr.ⁱⁿ Christa Markom

Mag.^a Heidemarie Weinhäupl

Samstag, 11. April 2015, 10:00-17:00

Veranstaltungsort:

Amnesty International Österreich

Moeringgasse 10, 1150 Wien

<http://amnesty.at>

Die Gleichbehandlungsanwaltschaft stellt sich vor

Aufgaben, Arbeitsweise und Berichte aus der Praxis

Die Gleichbehandlungsanwaltschaft ist die nationale Stelle, die auf Basis der EU-rechtlichen Vorgaben von Diskriminierung Betroffene beim Zugang zum Recht und bei der Rechtsdurchsetzung unterstützt. Die Anwältinnen der Gleichbehandlungsanwaltschaft bieten mehrere Workshops zu unterschiedlichen Aspekten ihrer Arbeit an. Die Themen Entgeltgerechtigkeit, Rassismus als Hindernis im Zugang zu Arbeit und Dienstleistungen sowie Diskriminierung älterer Menschen am Arbeitsmarkt werden behandelt.

20. März 2015, Beginn 15:00

Gleichbehandlungsanwaltschaft

Taubstummengasse 11, 1040 Wien

<http://gleichbehandlungsanwaltschaft.at>

Anmeldung und Beratung: Amnesty Academy, Moeringgasse 10, 1150 Wien, Tel.: +43 1 78008-0, E-Mail: academy@amnesty.at, <https://academy.amnesty.at>

FRAUENFILMTAGE 2015

26. Februar bis 5. März

Die 12. FrauenFilmTage finden vom 26. 2. bis 5. 3. 2015 in Wien statt. Eröffnung ist am 26.2. im Filmcasino, und ab 27.2. laufen die Filme wieder in Filmhaus Kino am Spittelberg in Wien. Weiters gibt es eine Kooperation mit dem Programm kino Wels mit eigenem filmischen Schwerpunkt sowie mit Cinema Paradiso in St. Pölten.

Alle Infos und Programm:

<http://www.frauenfilmtage.at/2015/>

Das Amnesty-Netzwerk Frauenrechte ist Kooperationspartnerin des Films

DAS MÄDCHEN HIRUT (DIFRET)

Zeresenay Berhane Mehari, Äthiopien
2014

Spielfilm, 99 Min, Farbe, OmdU

Äthiopien im Jahr 1996. Die Anwältin Meaza Ashenafi kämpft mit ihrer Organisation für die Rechte der Frauen und Kinder in ihrem Land. Als die Anwältin

vom Schicksal der 14-jährigen Hirut hört, beschließt sie sofort, den Fall anzunehmen. Das junge Mädchen wurde auf dem Heimweg von der Schule von einem älteren Farmer gekidnappt und vergewaltigt, um sie gemäß der örtlichen Traditionen, der „Telefa“, anschließend zur Frau zu nehmen. Doch dem mutigen Mädchen gelang die Flucht, wobei es seinen Peiniger tötete. Nachdem Hirut festgenommen wurde, droht ihr nun die Todesstrafe. Um das Leben des Mädchens zu retten, muss Meaza den fast aussichtslosen Kampf gegen jahrhundertalte Traditionen und patriarchalische Glaubenssätze aufnehmen.



Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaberin (Verlegerin): Amnesty International Österreich, eingetragener Verein, 1150 Wien, Moeringg. 10/1, Tel: 01-78008-0, Fax: 01-78008-44, Präsidium: Anton Lorenz (Präsident), Eva-Maria Burger, Bernhard Morawetz, Günther Oberklammer, Michelle Proyer

Erklärung über die grundlegende Richtung: Die grundlegende Richtung der AKTIVISTIN ergibt sich aus der Satzung des Vereins, den Beschlüssen der Internationalen Ratstagung und des Internationalen Vorstands sowie aus den Beschlüssen der Mitgliederversammlung und des Präsidiums von Amnesty International Österreich

Impressum und Verlegerin, Eigenverlag: Amnesty International Österreich, Netzwerk Frauenrechte, 1150 Wien, Moeringgasse 10. Redaktion: Amnesty-Netzwerk Frauenrechte, für den Inhalt verantwortlich: Theresia Kandler / Amnesty Info - Netzwerk Frauenrechte, Nr. 1, März 2015, GZ 02Z 031 256M, Verlagspostamt 1150 Wien, Aufgabepostamt 1072 Wien, P.b.b.